

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelcher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlösung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 16.

Sonnabend, den 16. April 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Baugewaltigen wollen den Krieg. — 25jähriges Jubiläum des Steinmetzmeisterverbandes. — Unlautere Agitationsmethoden. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Kollegen! beteiligt Euch an den Delegiertenwahlen. — Rundschau. — Literarisches. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Neue Zahlstellen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Wirtschaftliche Rundschau. — Willkür an Staatsbauten. — Bericht über die Baukonferenz in Regensburg. — Ein Gieritz der christlichen Arbeitervertreter. — Aus dem Lindlarer Steingebiet. — Korrespondenzen. — Feuilleton: Das Alter des Menschengeschlechts. — Gedicht: Der Granit.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Stiebiß bei Bauhen: Pflastersteinwerk Zachmann. — Wildemann: Gebrüder Sieghelm. — Allagen (Westf.): Dassel. — Altstadt-Waldenburg: Grabsteingeschäft P. Eichler. — Stettin: Grabsteingeschäft Dickmann. — St. Johann: Firma Burger.

Essen. Ein Teil der Steinarbeiter soll am 15. April ausgesperrt werden. Zugang nach hier ist streng zu meiden.

Im Gottleubatal sind am 7. April etwa 600 Sandsteinarbeiter ausständig geworden. Die Unternehmer weigerten sich, mit dem Vertrauensmann Richard Seidel weiter zu verhandeln. Ferner sei bemerkt, daß auch über die Brecherlöhne eine Einigung nicht erzielt wurde. Der Steinmetzmeisterverband hat in dieser Streitfrage ein Schiedsgericht beantragt. Unser Verband hat dem ohne weiteres stattgegeben. Die Schiedsgerichtsverhandlungen sind im Gange. Unsererseits nimmt der Zentralvorstand Paul Starke daran teil.

Halberstadt. Mit den hiesigen Firmen sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist zu vermeiden.

Reinheim. Die Tarifverhandlungen mit der Firma Frohmann sind gescheitert.

Niders. Die Sandsteinfirma Feidler ist gesperrt. Auf den Walsfurter Stein will die Firma nur ungenügende Zuschläge gewähren. Zugang ist streng fernzuhalten.

Gefrees. Die Firma Ludwig Haberstumpf hat denselben Tarif wie die Firma Künzel & Schedler unterzeichnet. — Für die Zahlstelle bedeutet das einen Achtungserfolg.

Derdingen. Die Sperre bei der Firma Treutle hat genügt. Der Tarif wird wieder anerkannt.

Langelshelm. Die Unternehmer haben, wenn auch mit Widerwillen, der Tarif unterzeichnet.

Reichenbach. Mit den Granitfirmen Grieshammer und Rindinger konnte ein neuer, verbesserter Tarif abgeschlossen werden.

Bielefeld. Bei der Sandsteinfirma Georg Kronenberger sind Differenzen ausgebrochen.

Beucha. Herr Preißer, Inhaber eines großen Pflastersteinbetriebes, lehnt es ab, für die Brecher und Kopssteinschläger die Schmiedeschärfe zu bezahlen.

Brandenburg. Durch gütliche Vereinbarung wurde der Stundenlohn um 2 Pfg. erhöht.

Regensburg. Bei der Firma Lochner sind Differenzen ausgebrochen. Die Granitarbeiter mögen Zugang fernhalten.

Söbau. Bei der Firma Kumpf sind 42 Kollegen der Granitbranche in den Ausstand getreten. Die Firma will den Tarif nicht anerkennen.

Süßbach (Baden). Die Firma Cereghette, welche zum Baseler Bahnhofsbaue die Steinmetzarbeiten übernommen hat, ist gesperrt.

Mittweida. Mit der Granit-Aktiengesellschaft wurde eine Einigung erzielt. Die Firma Peterschütz weigert sich, den Tarif anzuerkennen.

Radweiler (Elsß). Die Firma Kauscher & Co. sucht tüchtige Steinmetzen. Die Firma mag die einheimischen Steinmetzen besser bezahlen, dann braucht sie keine Inserate zu erlassen.

Hannover. Der Tarif für die Sandsteinarbeiter wurde bis 1911 verlängert. Der Stundenlohn ist um 3 Pfg. erhöht worden. Alle Geschäfte haben unterzeichnet.

Oesterreich. Zugang ist fernzuhalten nach: Ofegg, Klagenfurt, Olmütz, Höfelsdorf, Freistadt, Blöding, Bulgarn, Friedeberg, Budapest und Temesvár.

Zürich. Nach der Schweiz ist Zugang fernzuhalten. In Bern haben die Unternehmer die Verhandlungen abgebrochen; wie es heißt, sollen deutsche (!) Steinmetzen angeworben werden. Alle Arbeitsangebote aus der Schweiz sind strengstens zurückzuweisen.

Die Baugewaltigen wollen den Krieg.

Kein Thema ist so aktuell, als wie die bestehenden Differenzen im Baugewerbe. Das ist schon ein Zeichen, daß die Bauarbeiterorganisationen auch von der bürgerlichen Presse als machtvoll im Wirtschaftsleben angesehen werden. Die Verbandstage der Maurer, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer und der christlichen Bauhandwerker tagten in der verflossenen Woche in Berlin. Diese Verbandstage lehnten einmütig die sattsam bekannte Tarifvorlage der Bauarbeitgeber ab. Auch die Christlichen wurden rebellisch; sie warteten vergebens auf das christliche Gefühl der Herren Bauunternehmer.

Wenn es zum Kampfe kommt, dann wird in den ersten 14 Tagen Unterstützung aus den Verbandskassen nicht bezahlt. Durch diese Maßnahme wird die Rechnung der Unternehmer, die Kassen der Arbeiter schnellstens zu leeren, zushanden gemacht. Die Angestellten des Zimmererverbandes haben beschlossen, während des Kampfes die Hälfte ihres Gehaltes an die Streikkasse abzuliefern. Die Angestellten der Maurer und Bauhilfsarbeiter faßten einen ähnlichen Beschluß. Weiter ist rühmenswert der Vorschlag Winnigs, des Redakteurs am „Grundstein“, daß während der Lohnbewegung keine alkoholischen Getränke zu konsumieren sind. Diese Beschlüsse wurden alle unter großer Begeisterung und Einmütigkeit gefaßt.

Der Versuch der Reichsregierung, vermittelnd in den Streit der Parteien einzugreifen, ist an dem Widerstand der Arbeitgeber gescheitert.

Unter dem Vorsitz des Geheimrats Wiedfeldt traten am 8. April die Vertreter beider Parteien im Reichstage zu vertraulichen Verhandlungen zusammen. Von den Arbeitgebern waren 36 Herren anwesend. Die freien Gewerkschaften der Zimmerer, Maurer und Bauhilfsarbeiter waren durch ihre Vorsitzenden Schrader, Bömelburg und Behrend, die christlichen Gewerkschaften gleichfalls durch drei Vorstandsmitglieder vertreten. Geheimrat Wiedfeldt betonte, daß die Regierung nicht beabsichtige, sich in alle wirtschaftlichen Kämpfe zu mischen, aber hier liege ein Ausnahmefall vor, da durch den Kampf eine gewaltige wirtschaftliche Schädigung eintreten werde. Er sei deshalb von dem Staatssekretär beauftragt, zunächst einmal die Parteien zu fragen, ob sie bereit seien, unter dem Vorsitz von drei Unparteiischen zu verhandeln.

Nach kurzer Beratung erklärten sich die Vertreter der Arbeitnehmer damit einverstanden, sie fügten allerdings hinzu, daß sie nur für ihre Personen sprechen und daß sie die Zustimmung ihrer Vorstandskollegen einholen müßten, doch würden sie diese Zustimmung ohne Zweifel erhalten.

Im Gegensatz dazu lehnten die Arbeitgeber den Vorschlag der Regierung rundweg ohne jede Motivierung ab.

Nunmehr schlug Geheimrat Wiedfeldt vor, die vier oder fünf Hauptstreitpunkte zu besprechen, um zu sehen, ob man auf diese Weise zu Vereinbarungen komme. Die Arbeitgeber erklärten sich grundsätzlich zu Verhandlungen bereit, forderten aber zuvor, daß die zentralen Verbände der Arbeiter ihre Resolutionen, die sie am 6. April gefaßt haben, wieder aufheben. Auch der Wortführer der Arbeitnehmer, Bömelburg, erklärte seine Geneigtheit zu Verhandlungen, setzte aber voraus, daß die Arbeitgeber zuvor bereit seien, über die Beschlüsse ihrer Dresdener Generalversammlung mit sich reden zu lassen. Geheimrat Wiedfeldt richtete an die Parteien nochmals die Frage, ob die strittigen Punkte beraten werden sollen oder nicht. Die Vertreter der beiden Parteien zogen sich hierauf zu Sonderberatungen zurück. Das Ergebnis ist folgendes: Die Arbeitgeber wollen in die Besprechung eintreten, sie fordern aber, daß zunächst die Frage der Arbeitszeit besprochen wird. Die Arbeitgeber haben nämlich im Jahre 1907 in Köln beschlossen, daß die Arbeitszeit nicht unter zehn Stunden verkürzt werden dürfe. Die Herren verlangen nun, daß, bevor weiter verhandelt wird, die Arbeitnehmer sich diesem Diktum einfach fügen. Sie erklärten ausdrücklich, an dem Kölner Beschluß würden sie nichts ändern. Bömelburg erwiderte hierauf, daß die Arbeiter bereit seien, alle strittigen Punkte zu besprechen, aber es sei notwendig, daß auch in der Frage der Arbeitszeit die Bahn frei gemacht werde, d. h. die Arbeitgeber müßten auch über diese Frage verhandeln, sich aber nicht strikte an ihren Kölner Beschluß binden. Da die Arbeitgeber sahen, daß die Arbeiter ihre Forderungen nicht ohne weiteres akzeptierten, beantragten sie, die Verhandlungen abzubrechen. Geheimrat Wiedfeldt bemühte sich zwar, neue Ausgleichsvorschläge zu machen, aber die Arbeitgeber erklärten rund heraus, daß sie überhaupt nicht bereit seien, neue Vorschläge auch nur entgegenzunehmen.

Aus den Verhandlungen geht klar hervor, daß die Arbeitgeber den Krieg wollen, sonst hätten sie sich bereit erklären müssen, unter dem Vorsitz von Unparteiischen zu verhandeln.

Nach diesen Verhandlungen trat am 15. April die Auslieferung des Baugewerbes zu einer neuen Sitzung zusammen, in der nach längerer Debatte einstimmig beschlossen wurde: In Deutschland werden am 15. April die Aussperren erfolgen.

Es hatte den Anschein, als wenn es der Energie des Geheimrats Wiedfeldt gelingen sollte, aus den Vergleichsverhandlungen etwas Greifbares machen zu können. Als aber am 8. April die Extrablätter verkündeten, die Verhandlungen seien gescheitert, da war es klar, daß nur die Unternehmer die Schuldigen sind, die diesen gewaltigen Kampf wollen.

Die Vertreter der Unternehmer haben den von der Regierung gemachten Vorschlag abgelehnt, daß drei Unparteiische zur Führung der Vermittlungsverhandlungen erwählt werden sollen. Sie haben dann jede Diskussion über die Frage der Arbeitszeit verweigert. Sie haben schließlich erklärt, daß sie überhaupt keinerlei Vorschläge zu machen haben, wie etwa eine Vermittlung angebahnt werden könne.

Umgekehrt haben sich die Vertreter der Arbeiterschaft verständlich und zu Verhandlungen bereit erwiesen.

Damit aber haben sich vor aller Welt die Unternehmer des Baugewerbes als die Schuldigen des beginnenden schweren Kampfes erwiesen. Sie haben sich selbst ins Unrecht gesetzt. In dem sie trotzig und prozig auf ihrem Schein bestehen, indem sie die brutale Niederknüpfung der Arbeiterschaft als ihre Lösung ausgeben, erweisen sie sich als die gewalttätigen Störer des wirtschaftlichen Friedens.

Wirtschaftliche Betrachtungen.

Man versteht die Vorgänge im Baugewerbe nicht, wenn man nicht die kapitalistische Entwicklung kennt, die sich gerade in den letzten Jahren auf diesem Gebiete vollzogen hat. Das Baugewerbe gehörte bis in die letzte Zeit zu den zerplitterten Gewerben, vor dem die Konzentrationstendenzen des Kapitals Halt zu machen schienen. So löste sich der soziale Kampf auf diesem Gebiete in Einzelgefechte auf: Den organisierten Arbeitern standen desorganisierte Unternehmer gegenüber, zum erheblichen Teil kapitalistisch schwach, kümmerliche Existenzen, zum andern Teil auch schwindelhafte parasitäre Strömungen. Dieses Anarchium war weder für die Regelung der Produktion fähig, noch für den Widerstand gegen die sozialen Forderungen einheitlich gerüstet.

Diese Verhältnisse haben sich nun binnen wenigen Jahren von Grund auf geändert.

Namentlich in den großen Städten Norddeutschlands hat der Großkapitalismus das Baugewerbe gepackt und völlig in seine Gewalt gebracht. Ein paar große Baufirmen, ein paar Großbanken bilden mit den Terraingesellschaften in unentwirrbaren gegenseitigen Beziehungen eine einheitliche starke Macht. Ihr Bestreben läuft letzten Endes darauf hinaus, den Baumarkt genau so zu kartellieren und zu monopolisieren, wie es in der schweren Industrie bereits Wirklichkeit ist. Unter den Händen der Großfinanz wird der ganze Baumarkt zu einer Terrainspekulation. Es gilt, den Bodenwucher zu organisieren, die Grundrente zu steigern.

Bei diesem engen Zusammenhang zwischen Baugeschäften, Banken und Terraingesellschaften ist es klar, daß die Hintermänner der ganzen Bewegung einmal an Produktionseinschränkungen von Zeit zu Zeit Interesse haben, dann aber auch an der Ausschaltung der immer noch zahlreichen kleinen Mitläufer. Die geheime Macht des gegenwärtigen Baukrieges richtet sich nicht sowohl gegen die Arbeiter wie gegen die kleinen Unternehmer, deren Existenz die Regulierung des Baumarktes erschwert. Uebermäßiges Bauen von Wohnhäusern in den Städten, Leerstehen von Wohnungen vermindert die Rentabilität des Grund und Bodens, erschwert die Terrainspekulationen, auf die es doch gerade den heutigen Beherrschern des Baumarktes in erster Linie ankommt. Deshalb ist die Lösung: Ausrottung der kleinen Unternehmer!

Es ist eine höchst bemerkenswerte Tatsache, daß gerade in dem Zentrum der großkapitalistischen Organisation des Baugewerbes, in Berlin, der Baumarkt gegenwärtig ungenügend ist. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen ist dort sehr groß. Also gerade dort, sollte man meinen, hätte das Unternehmertum Interesse an einem Kampf mit den Arbeitern als einem Mittel der erwünschten Einschränkung der Bautätigkeit. Gerade in Berlin aber wird man sich allem Anschein nach verständigen!

Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Die Berliner Großkapitalisten wollen den Kampf — der anderen. Von Berlin aus soll sich die Konzentration des Baugewerbes über ganz Deutschland erstrecken. In ein paar Händen soll für das ganze Reich die Regulierung des Baumarktes vereinigt sein. Und dazu braucht man die Vernichtung der vielen kleinen und mittleren Existenzen in der Provinz. Deshalb hegen die Macher des Kampfes, die selbst weit vom Schuß bleiben, das Unternehmertum des Westens und des Südens, wo der Konzentrationsprozeß noch nicht so weit vorgeschritten ist, in den Krieg.

Man begreift nun das ganze Maß von Härte aller der kleinen Scharfmacherchen im Süden und Westen, die in dem jugendlichen Ueberchwang ihrer funkelneulernen Organisationen, voll Latendurst, gegen die Arbeiter anrennen, während im Hintergrund die großen Machthaber des Baugewerbes lauern, daß sie sich möglichst rasch in diesem Kampf verbluten.

Dieser blinde Eifer wird noch geschürt von den Kapitalisten der schweren Industrie, die, ohne selbst Opfer zu bringen, den Wunsch haben, die unglücklich kurzfristigen

Unternehmer des Baugewerbes in den Kampf gegen das organisierte Proletariat zu jagen, sie für den ungeheuerlichen Versuch zu mißbrauchen, in der Zeit der beispiellosen Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse die sozialen und wirtschaftlichen Existenzbedingungen einer großen Arbeiterkategorie noch herabzusetzen! **Verlängerung der Arbeitszeit, Minderung der Löhne, Affordarbeit, einseitige Arbeitsnachweise** des Unternehmertums — das sind die ungeheuerlichen und unerträglichen Zumutungen, für deren Durchsetzung das Großkapital die Mittelständler des Baugewerbes in einen aussichtslosen Feldzug hegt! Denn dieser Kampf muß für die Unternehmer aussichtslos sein. Der Lebensnerv des Proletariats ist in diesen Fragen berührt; hier heißt es nur siegen oder fallen. Nachgiebigkeit wäre für die Arbeiterschaft gleichbedeutend mit dem Verzicht auf ihr Daseinsrecht, auf die Errungenschaften unsäglicher, langjähriger Opfer. Die Bauarbeiter sind durch die kapitalistischen Spekulanten und ein kleines horniertes Unternehmertum für die Aufgabe berufen worden, **Vorkämpfer für die Interessen der Gesamtarbeiterschaft zu werden.**

Vermittlungsversuche der bayerischen Regierung.

Im Auftrage des Ministers v. Bodewils wurden am 9. April in München die Vertreter der baugewerblichen Organisationen zur Aussprache nach dem Ministerium des Innern berufen. Die Organisationen waren wie folgt vertreten: die Zimmerer durch Engelbrecht, die Maurer durch Hartl und die Bauhilfsarbeiter durch Madelmann. Der vom Minister beauftragte Ministerialrat stellte an die Vertreter der Organisationen die Anfrage, ob sie bereit wären, in neuerliche, von der bayerischen Regierung anzubahrende Vergleichsunterhandlungen einzutreten. Die Organisationsleiter erklärten sich hierzu sofort bereit, wenn die Unterhandlungen auf der Grundlage des seitherigen Vertrags gepflogen würden. Nachdem sich der Ministerialrat noch über die Differenzpunkte informiert hatte, erklärte er, daß er sich sofort mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes in Verbindung setzen werde. Dann ersuchte der Ministerialrat die Vertreter der Organisationen, am 12. April, vormittags 10 Uhr, wieder zu erscheinen.

Mittel der Unternehmer.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe für München und Umgebung hat den Zementfabriken, Ziegeleien und Baumaterialienhändlern ein Schreiben zugehen lassen, worin von der bevorstehenden Aussperrung Mitteilung gemacht und verlangt wird, während der Dauer der Aussperrung die **Verlangung von Baumaterialien nach München und Umgebung einzustellen.** Dieses Mittel haben die Münchner Unternehmer im Jahre 1904 bei der großen Aussperrung schon angewendet. Wir sehen also, wie terroristisch auf Seiten der Unternehmer vorgegangen wird.

Auch die Steinarbeiter werden durch diesen gewaltigen Kampf, der zweifellos entbrennen wird, arg in Mitleidenschaft gezogen. Besonders die Sandsteinindustrie wird stark leiden müssen. Neubauten werden nicht vergeben, und somit wird mit der Herausgabe der Steinmehrarbeiten stark zurückgehalten werden. Der Steinarbeiterverband ist insofern noch glücklich daran, weil er bereits eine große Reihe von Tarifverträgen unter Dach und Fach gebracht hat. In allen größeren Steinbruchgebieten, insbesondere dort, wo Bezirkstarife in Frage kommen, sind für dieses Jahr die Lohnbewegungen erledigt. Damit soll allerdings nicht gesagt werden, daß nun für dieses Jahr der Steinarbeiterverband seine Lohnbewegungen schon völlig zum Abschluß gebracht hätte. Nein, wir wollen bloß betonen, daß das wichtigste hinter uns ist.

Ueber die allgemeine Situation im Reich lagen bei Redaktionsschluß noch folgende Meldungen vor:

In Danzig, sowie den niederschlesischen Städten wird ebenfalls ausgesperrt. Dasselbe haben nun auch die Leipziger Baugewaltigen beschlossen. Die Leipziger Maurer nahmen in einer überfüllten Versammlung am 12. April zur Aussperrung Stellung. Die Begeisterung war groß. Die sächsischen Baunternehmer werden wahrscheinlich die Aussperrung allgemein eintreten lassen. — In den Städten Hamburg und Berlin soll eine Einigung zu erwarten sein. Die Verhandlungen sind aber noch in der Schwebelage, und es nicht ausgeschlossen, daß am letzten Ende auch in diesen zwei Städten der Kampf entbrennen wird.

Für Groß-Berlin haben die Steinseher soeben noch einen umfangreichen Lohnvertrag zum Abschluß gebracht. Der Tarif umfaßt Ortschaften, die eine ganze Anzahl Meilen von Berlin entfernt liegen. Wie verlautet, ist aber die Arbeitszeit der Steinseher von 8 1/2 auf 9 Stunden verlängert worden.

Die **Vermittlungsversuche der bayerischen Regierung** sind gescheitert. Die Unternehmer, mit ihrem Sekretär Jellmerer an der Spitze, lehnten jedes Entgegenkommen ab. Jellmerer meinte: **„Wer nicht ausgesperrt, wird ausgehungert.“** So wird den Unternehmern Solidarität beigebracht. — Einstimmig wurde dann der Beschluß gefaßt, daß in Bayern am 15. April sämtliche Baubetriebe geschlossen werden müssen.

Angenommen wird, daß es in der Provinz Schleswig-Holstein zu einem Vertragsabschluß kommen wird. Diese Meldungen müssen aber mit einem Fragezeichen versehen werden, denn es ist ja bekannt, wie terroristisch der Bauarbeiterverband auftritt.

Die Unternehmer bekommen finanzielle Hilfe! Nach einer Meldung der „Münchener Post“ wollen die westfälischen Zechenbesitzer dem Bauarbeiterverband als erste Rate 5 Millionen Mark zur Verfügung stellen.

Der Kampf wird also ein gewaltiger werden. Nun, die Arbeiter werden denselben zu führen wissen.

25 Jahre

besteht nun der Verband deutscher Steinmehrgeschäfte mit dem Sitz in Berlin. Die Gründung erfolgte am 7. April 1885 durch den königlichen Hofsteinmehrmüller Rasche. Gegenwärtig zählt der Verband etwa 700 Mitglieder. Bekanntlich wurde die Steinarbeiterorganisation im Jahre 1884 gegründet, ein Jahr später wurde die Unternehmerorganisation ins Leben gerufen. Es hat sich aber gezeigt, daß die Unternehmer ihren Verband in einen zu engen Rahmen gelegt haben. Sie firmierten: **Verband deutscher Stein-**

mehrgeschäfte. Damit waren die Bruchbesitzer, die Marmorgeschäftsinhaber, und insbesondere die Hartsteinindustriellen von dem Verband abgestoßen. Erst später haben die Berliner Herren ein, daß ein Verband für eine Steinmehrgeschäfte eine dementsprechende Bedeutung in der Steinindustrie nicht gewinnen konnte. Und so begann man zu reformieren. Aber dieser Heilungsprozess setzte zu spät ein; in allen Steinmehrgeschäftsbereichen hatten sich doch mittlerweile lokale Unternehmerverbände gegründet, die ihre Selbständigkeit nicht so ohne weiteres preisgeben wollten. In Berlin wollte man gern den „starken Mann“ mimen, insbesondere bei Tarifbewegungen, aber auch das konnte den Steinbruchbesitzern im Reich nicht sonderlich imponieren.

Wir haben die Meinung, daß es im Steinmehrmehrerverband zwar genügend Scharmacher gab, aber an wirklich organisatorischen Köpfen war ein großer Mangel. Und heute noch tappen die Herren mit ihren Reformbestrebungen noch sehr im Dunkeln. Die führenden Herren in Berlin dachten, ihre organisatorischen Maßnahmen könnten von Erfolg sein, wenn sie für großstädtische Verhältnisse zugeschnitten wären. Die gewaltige Steinbruchindustrie war für die Berliner Verbandsleitung, sagen wir einmal, ein „Fremdkörper“. Diese Gegensätze konnten nicht überbrückt werden und deshalb konnten die lokalen Verbände der Unternehmer in Striegau, der Lausitz, im Fichtelgebirge, dem Bayerischen Wald, in Rheinland und Westfalen so in Flor kommen. Der Kontakt mit der Berliner Oberleitung ist nur ein sehr loser zu nennen.

Wenn die Führer der lokalen Unternehmerorganisationen im Süden ebenfalls, wir gebrauchen einen gelinden Ausdruck, so „unmodern“ gewesen wären, wie die Berliner Spitze, dann müßten wir noch auf die großen Bezirkstarife warten, die erfreulicherweise dieses Jahr wieder erneuert werden konnten.

Der Verband deutscher Steinmehrgeschäfte hat sich immer sehr verknöchert gezeigt. Als die Normaltariffrage aufgerollt wurde und unsere Verbandsleitung in Berlin diese Angelegenheit in Fluß zu bringen gedachte, da stredte man in Berlin den Diplomaten heraus, und in oberflächlicher Weise wurde eine so hochwichtige Frage mit ein paar Zeilen abgetan. Und dann rührte sich überhaupt nichts mehr. Desto eifriger aber zeigten sich die Herren auf ihren Verbandstagen, um gegenüber dem Steinarbeiterverband den „Unversöhnlichen“ zu spielen.

Die Berliner konnten im Steinmehrmehrerverband so lange die Führung übernehmen, weil sie wirtschaftlich stark erschienen. Die gewaltigen Staatsbauten wurden ihnen bis vor etwa zehn Jahren sozusagen gerade auf dem Tablett offeriert. Jetzt aber ist dieser Nimbus der wirtschaftlichen Selbstständigkeit mächtig geschwunden, und in Berlin dominiert das System der Zwischenhändler und die auswärtigen Steinindustriellen geben bei den Submissionen den Ausschlag. Als die Verbandsleitung nun endlich hörte, wieviel Uhr es geschlagen hatte, da sollte in den Provinzen die Agitation in umfassender Weise betrieben werden. Aber die Visite wurde zu spät gemacht.

In neuester Zeit hat man auch im Steinmehrmehrerverband eingesehen, daß der Steinarbeiterverband nicht ignoriert werden kann. Bei den gegenwärtigen Differenzen im Sandsteingebiet des Gottliebentales ging vom Steinmehrmehrerverband die Initiative aus, daß ein Schiedsgericht tagen möchte. Unsere Verbandsleitung hat dem ohne weiteres zugestimmt.

Im Jubiläumsartikel im „Steinbildhauer“ ist viel davon die Rede, daß die Steinarbeiter mit ihren Lohnforderungen energisch bekämpft werden konnten. Es ist bezeichnend, daß der Festartikel besonders diesen Punkt so unterstreicht.

Mit den organisatorischen Maßnahmen ist man im Steinmehrmehrerverband über ein alltägliches Mittelmaß nicht hinausgekommen.

Unlautere Agitationsmethoden.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die christliche „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ einen Artikel, dessen Inhalt der Redaktion angeblich von Niedermendig (Rheinland) zugegangen ist. Einleitend wird in dem Artikel von Agitatoren des sozialdemokratischen Steinarbeiterverbandes geredet, die in dem dortigen Gebiet die Steinarbeiter zum Beitritt in die freie Gewerkschaft „Köbern“ wollten, indem sie den Arbeitern vorschwindelten, die Unterstühtungen seien höher als bei den christlichen Keramikern usw. Im allgemeinen stehen die Agitatoren des freien Verbandes auf dem Standpunkt, daß eine Gewerkschaft kein Unterstühtungsverein ist, sondern dazu dienen muß, das Lohn- und Arbeitsverhältnis besser zu gestalten.

Recht naiv hat nun das christliche Verbandsblättchen eine Zusammenstellung gemacht, wonach es den Anschein haben soll, als leiste das christliche „Keram- und Steinarbeiterverbände“ wesentlich mehr an Unterstühtungen, als wie der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

Was leistet nun der „christliche“ Keram- und Steinarbeiterverband für einen Wochenbeitrag von 45 Pf.?

Keram- und Steinarbeiterverband.	
Streikunterstützung	10.— M. pro Woche, Kind 75 Pf.
Gemäßregeltunterstützung	12.— „ „ „ (8 Wochen)
Umzugsunterstützung	20.— „ „ „
Krankengeld	3.— „ „ „
Sterbegeld	40.— „ „ „
Arbeitslosenunterstützung	— „ „ „

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.	
Streikunterstützung	9.— M. pro Woche, Kind 1 M.
Gemäßregeltunterstützung	9.— „ „ „ (bis 50 M.)
Umzugsunterstützung	— „ „ „
Krankengeld	4.50 „ „ „ (insgef. 27 M.)
Sterbegeld	nach 3 Jahren 30 M.
Arbeitslosenunterstützung	— M. pro Woche.

Aus vorstehendem könnte man den Anschein gewinnen, als wenn die „Christen“ mehr leisteten als wie die „Freien“. Der schwarze fromme Artikelsschreiber hat aber sein äußerlich verschwiegen, daß nach dem Statut des Keram- und Steinarbeiterverbandes (Seite 9) die Unterstühtungen gegenseitig aufgerechnet werden, mit Ausnahme der Streik- und Gemäßregeltunterstützung (Seite 10) die Unterstühtungen gegenseitig aufgerechnet werden von 2 Jahren hinaus für sämtliche gegenseitig aufzurechnende Unterstühtungszweige (Sterbegeld, Reise- und Umzugs-, Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung) folgende Höchstätze gemährt werden: Beitragsklasse 3 60 M., bei 156 Wochenbeiträgen 75 M.

Was leistet nun der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands bei einem Beitrag von 45 Pf.?

Krankenunterstützung	27.— M.
Reiseunterstützung	45.— „
Summe	72.— M.

Desgleichen kann im zweiten Jahre ein Mitglied, so bald 20 Wochenbeiträge gezahlt sind, wieder Reiseunterstützung beziehen, bei Unterstühtung in Krankheitsfällen ist dies nach 26 gezahlten Beiträgen wieder der Fall. Aus Vorstehendem ergibt sich, daß die Unterstühtung im freien Verband nach ein- oder zweijähriger Mitgliedschaft wesentlich höher sind, als bei dem christlichen Keramarbeiterverband, da eine gegenseitige Aufrechnung der einzelnen Unterstühtungszweige nicht stattfindet. Nehmlich sind die Unterstühtungssätze in den Beitragsklassen von 50 und 55 Pf.; auch hier leistet unser Verband mehr als wie die Konkurrenzorganisation.

Wenn dann noch in dem Artikel des Keramarbeiterblättchens davon geschwafelt wird, die Zusammenstellung der Unterstühtungssätze soll den freien Agitatoren so um die Ohren geschlagen werden, daß ihnen „Hören und Sehen vergeht“, so haben wir dafür nur ein mitleidiges Lächeln. Soweit wir die Kollegen im Mayener Gebiet kennen, glauben wir nicht, daß sie der „frommen“ Aufforderung des schwarzen Artikelschreibers nachkommen werden.

Die Hauptsache ist die: wir marschieren auch im Mayener Gebiet voran, trotz aller Verleumdungen und Verdächtigungen. Die Kollegen begreifen allmählich, welche Berufsorganisation wirklich imstande ist, ihnen zu besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu verhelfen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Durch die bevorstehende Bauarbeiteraussperrung werden in verschiedenen Zahlstellen, hauptsächlich dort, wo wir Steinarbeiter als Tarifkontrahent des alten Vertrags in Frage kommen, unsere Mitglieder betroffen. Im Laufe der nächsten Woche wird den Zahlstellen ein Zirkular zugehen, welches die nötigen Informationen enthält.

Während der Lohnbewegung der Bauarbeiter sollen Ueberschritte in andre Organisationen möglichst vermieden werden. Wenn von den Verbänden der Arbeiter des Baugewerbes einzelne Mitglieder zu unserm Verbande übertreten wollen, so sind solche Wünsche bis zur durchgeführten Lohnbewegung unberücksichtigt zu lassen.

Um die Abrechnung der Zahlstellen vom 1. Quartal 1910 recht bald veröffentlichen zu können, ersuchen wir die Vertrauensleute allerorts, soweit noch nicht geschehen, für sofortige Fertigstellung der Abrechnung zu sorgen.

Diejenigen Zahlstellen, welche bis zum 23. April die Abrechnung nicht eingeleistet haben, erhalten von diesem Tage ab keine Zeitung und sonstiges Material mehr.

Den Ortsverwaltungen zur Notiz, daß vor dem Monat Juni i Statistikkarten nicht zum Versand kommen. Das Erhebungsjahr ist bald abgelaufen; jezt ausgefüllte Karten haben für die Statistik selbst keinen Wert mehr; darum unterbleibt der Versand.

Zur Delegiertenwahl.

Die Einzelzahler, welche dem 2. Wahlkreis zugeteilt sind, senden die Stimmzettel unter Angabe ihrer Buchnummern direkt an die Zentrale ein.

Korrespondenzen

Breslau. Die hier am 5. April stattgefundene Steinarbeiterversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der schwebenden Tariffrage. Die den meisten Lesern bekannt sein dürfte, machten wir voriges Frühjahr einen Solokampf durch, der aber durch ungünstige Konjunktur, mäßige Witterungsverhältnisse und nicht zum wenigsten durch das eigenartige Verhalten des Zentralvorstandes für uns verloren ging. Wir mußten den Tarif, der schon seit 1907 besteht, noch auf ein weiteres Jahr anerkennen. Nun ergreifen dieses Jahr die Arbeitgeber die Offensive und verlangen von uns, den Tarif ohne jede Aenderung oder Aufbesserung wieder auf zwei Jahre anzuerkennen. Es wird jedem vernünftigen Denkenden einleuchten, daß wir uns so viel wie möglich sträuben müssen, auf dieses Verlangen einzugehen. Denn man denke, wie rapide die Lebensmittelpreise und Arbeitslöhne durch Erhöhung der letzteren auszugleichen. Wir wollten den Unternehmern entgegenkommen und erklärten uns bereit, den Tarif auf ein Jahr anzuerkennen. Dieses Entgegenkommen lehnten aber die Arbeitgeber rundweg ab und erklärten in einem Schreiben an uns, daß sie auf ihrer Forderung bestehen. In Anbetracht, daß wir jezt fast in der besten Geschäftszeit, hauptsächlich in der Grabsteinbranche stehen und alle Kollegen beschäftigt sind, beschloß nun die Versammlung einstimmig, auch auf unserm Standpunkt zu verharren und dieses den Unternehmern mitzuteilen.

Dossenheim. Solange wie sich der Arbeiter willig in sein Schicksal fügt und alle Scherereien in geduldiger und demüthiger Weise erträgt, wird er weniger den Zorn des Unternehmers gegen sich wachrufen. Sobald aber auch er erkennt, daß es Mittel und Wege gibt, durch die er sich sein kümmerliches Dasein einigermaßen erleichtern kann und sich seiner Berufsorganisation anschließt, hat er sich jezt den Haß des Unternehmers zugezogen. Diese Erfahrung mußten auch die Steinarbeiter in dem Porphyrbetrieb des Unternehmers Referenz in Dossenheim machen. Es bedurfte allerdings erst einer langen Kette von trüben und bitteren Erfahrungen, bevor diese Steinarbeiter die Energie fanden, sich zu organisieren. Der Lohn dieser Steinarbeiter ist noch derselbe, wie er vor vier und fünf Jahren war, teilweise ist er sogar noch zurückgegangen. Selten kommt es vor, daß ein Arbeiter über 20 Mark die Woche verdient. Der Durchschnittslohn pro Woche beträgt im höchsten Falle 16 Mark. Daß es unter einem derartigen Verdienst den betreffenden Arbeitern nicht im entferntesten möglich sein kann, sich nur halbwegs richtig ernähren zu können, dürfte jedem vernünftigen Menschen einleuchten. Zu allem ist aber auch noch die Behandlung der Arbeiter seitens der Bruchmeister und des Unternehmers selbst alles andre, nur keine anständige. Die Stellung der Arbeiter zum Unternehmer ist nicht die eines freien Arbeiters. Der Unternehmer tut so, als wenn er den Arbeiter, indem er sie beschäftigt, eine Gefälligkeit erwiese. Und dabei haben diese leider nur zu gedulden Steinarbeiter das hauptsächlichste Verdienst daran, daß der Unternehmer zum reichen Manne geworden ist. Von der Erkenntnis geleitet, nun auch einen Versuch zu machen und ein Anrecht auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu haben, unterbreiteten die Arbeiter dem Unternehmer einen mit ganz bestehenden Lohnforderungen enthaltenden Tarifvertrag. War aber schon dem Unternehmer das bloße Bestehen der Organisation ein Dorn im Auge, so ließ er jezt nun erst recht kein Mittel unverwundet, sich der verhassten Organisation zu entziehen. Er drohte den Arbeitern mit Entlassung und andern Maßnahmen, und, ohgleich der Zweck des Unternehmers doch ein gar zu offenkundiger war, die meisten von den Kollegen ließen sich leider ins Bodschorn jagen und verließen die Fahne, der sie eben erst vor einem halben Jahre geschworen hatten. Kollegen von Dossenheim! Wenn Ihr allerdings so wenig Kurage zeigt und lassen beim ersten Stranzeln des Unternehmers die Flinte ins Korn werft und davonlauft, dann werdet Ihr natürlich nie eine Besserung Eures Daseins erringen können. Lange Jahre hindurch habt Ihr, ohne den ersten Versuch einer Milderung zu machen,

alle Bedrückungen über Euch ergehen lassen und damit den Glauben des Unternehmers, daß Ihr seine Werkzeuge und er der „Herr“ sei, immer mehr verflärt. Wenn Ihr das durch Euch selbst mit geschaffene Vorurteil des Unternehmers brechen wollt, so müßt Ihr allerdings mit einem größeren Ernst an Eurer Sache hängen und an ihr festhalten. Fast deshalb neuen Mut und zeigt, daß Ihr nicht länger mehr die willenslosen Werkzeuge in der Hand des Unternehmers sein wollt. Bedenkt, daß Ihr Euch mit dem Aufgeben Eurer Organisationszugehörigkeit auch zugleich für viele Jahre hinaus die Möglichkeit verliert, an die Verbesserung Eurer Lage heranzutreten zu können. Eure vornehmste Pflicht ist es aber auch, daß Ihr die Mitglieder-Verammlungen fleißiger als wie bisher besucht. Bleibt nicht in kindlicher Aengstlichkeit zurück, da wo es sich um die Vorgesprechung Eurer vitalsten Rechte und Interessen handelt. Seht Ihr denn nicht, wie das Unternehmertum, und der Herr Referenz mit, emsig und gierig darauf bedacht sind, ihre wirtschaftliche Position zu stärken. Da kann und darf es doch erst recht für Euch kein Zittern und Zagen mehr geben.

Heppenheim. Bei der Firma Rühl u. Reimuth benimmt sich der Werkführer Schütz in ganz unerhörter Weise den Arbeitern gegenüber. Als nämlich Kollege F. mit seinem Arbeitsstück (Grabsteinfassung) fertig war, verlangte Herr Schütz, daß der Hosen auf der hinteren Seite zu entfernen sei, was der betreffende Kollege verweigerte mit der Bemerkung, wenn das Stück kaputt geht, bin ich nicht schuld. Herr Schütz begann nun den Kollegen zu beschimpfen mit Lausbub, Koxhüb und mit Drohungen, er werde ihn durch das Ziegeldach werfen, auch gab er ihm sofort Fettersand. Bemerkte sei, daß im Tarif bei den betreffenden Stücken nichts mit vereinbart ist, den Hosen zu entfernen. Daß Herr Schütz vom Praktischen nichts versteht, ist bekannt. Als nämlich ein Kollege Vossengel verlangte, erklärte Schütz dem betreffenden Kollegen, er hätte auf der ersten Seite 3 Zentimeter tiefer fahren sollen, und somit den Hosen vermittelt können. Als aber der Kollege vor dem Gemeindericht klagte, wurden ihm 15 Mk. Entschädigung zugesprochen.

Hirschhausen. Die Versammlung am 9. April war mäßig besucht. Das Resultat der Delegiertenabstimmung ergab 117 Stimmen für Moosmüller, zwei Zettel waren unbeschrieben, eine Stimme war unguiltig. Zum 1. Punkt gab der Kassierer Michel Fernbacher die Quartalsabrechnung, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Weiter wurde die Abrechnung vom letzten Fest verlesen. Ueberhauß 14.57 Mark. Dann sollte die Wahl eines ersten und zweiten Vorsitzenden stattfinden. Dieser Punkt konnte nicht erledigt werden. Von einem Kollegen wurde die Gesamtverantwortung sowie die ganze Versammlung schwer beleidigt, was zu einer scharfen Auseinandersetzung führte, so daß die Versammlung geschlossen werden mußte. Die Angriffe, die auf unsere Vorstandsführung gemacht wurden, sind so schwerwiegend, daß sie demissionieren muß. Wir haben Kollegen, die behaupten, es sei viel besser, wenn öfter gewechselt wird. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß sich die Angriffe, die auf unsre Vorstandsführung gemacht werden, seit der letzten Gaukonferenz vermehrt, da dort ein Rheinheimer Kollege unsern Vorsitzenden schwer verdächtigte. Dieses wurde dann hier wieder weiterverbreitet. Auch von den Reichenbacher Kollegen sollen verdächtige nicht schöne Aeußerungen gefallen sein, was wir aber bezweifeln, da ja diese Verbandsmitglieder den Vorsitzenden von seiner früheren Tätigkeit nicht kennen. Es ist traurig, daß gerade die Angriffe von solchen Kollegen gemacht werden, von denen man glauben könnte, sie wären in der Arbeiterbewegung etwas weiter.

Oberrhein. Sonntag, den 3. April, fand im Restaurant zur guten Quelle eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, welche besser besucht sein konnte. Das Referat hierzu hatte der Gauleiter Georg Steinger übernommen, welcher in seinem 12. Vortrag die Gegebenheiten der Organisation behandelte. Das Referat wurde mit großer Aufmerksamkeit entgegen genommen. An der Diskussion sprachen Kollege Otto, seine Ausführungen deckten sich mit denen des Referenten. Zum 2. Punkt: Gewerkschaftliches, wurden hauptsächlich die örtlichen Verhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen. In bezug auf die Bundesratsverordnung erweckt es den Anschein, als ob selbige für Oberrhein gar nicht in Betracht käme. Arbeitsbuden, Schutzblätter und dergleichen sind für Spalter und Bossierer nicht zu finden. Und wo man solche vorfindet, müssen selbige von den Arbeitern selbst gestellt und unterhalten werden. Auch die Regelung der Arbeitslöhne für Pflastersteinboffierer wurden gerügt, indem noch an Orte die sogenannten Winter- und Sommerpreise bestehen, je nach Geschäftsgang und Konjunktur. Daß solche Verhältnisse hier austauschen können, liegt einzig und allein nur an der mangelhaften Organisation. Von circa 400 beschäftigten Steinarbeitern gehören 40 unserm Verbands an. Zum Schluß forderte Kollege Otto die Kollegen auf, alles daran zu setzen, damit sich unsere Zahlstelle baldigst einer größeren Mitgliederzahl erfreuen könne.

Rüthenbach. Am 3. April fand hier eine gut besuchte Versammlung statt. Es mußte ein zweiter Vorsitzender gewählt werden. Bei diesem Punkte wurde außergewöhnlich gellacht, daß in unserer Zahlstelle das ganze Jahr hindurch Wahlen vorgenommen werden müssen. Erst vor kurzer Zeit mußten wieder zwei tapfere Kollegen abreisen wegen Mangel an Arbeit und Material. Für den zweiten Vorsitzenden, Kollegen Brauneis, wurde mit großer Stimmenmehrheit Kollege Fritz Leuger gewählt. Nun wurden die Platzverhältnisse der einzelnen Betriebe besprochen. Die Berichterstattung zeigt uns, wie traurig es hier noch bestellt ist. Einstimmig wurde beschlossen, den 1. Mai mit Umzug zu feiern. Im Punkte Verschiedenes wurde vor allem die Biersteuer besprochen. Es wurden die Kollegen aufgefordert, soweit es möglich ist, den Biergenuß zu meiden. Scharf gerügt wurde, daß unser Redakteur die Berichte so zusammenstreicht. Das können wir uns nicht mehr so gefallen lassen. Hoffentlich bessert sich in dieser Beziehung unsere Redaktion! Es wäre sehr wünschenswert, wenn in Zukunft die Versammlungen besser besucht würden. Mit diesem Wunsche schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Mittweida. Mit den Mittweidaer Granitwerken, A.-G., sind die Steinarbeiter auf friedlichem Wege zum Tarifabschluß gekommen, und sind auch kleine Zulagen erzielt worden. Die Firma Peterschütz gab die Antwort zurück, daß sie am 12. März 16 Mann auf das Pflaster warf, was von uns als Maßregelung betrachtet wurde. Herr Peterschütz suchte sich aber hauptsächlich solche Kollegen heraus, die die Interessen der Kollegen vertreten hatten. Es befanden sich Kollegen darunter, die fünf und mehr Jahre bei der Firma beschäftigt waren. Auch war Herr Peterschütz sehr arbeiterfreundlich, indem er Familienwäter mit fünf und sechs Kindern entließ, wohingegen junge und ledige Kollegen weiter arbeiten konnten. Wäre es in Wirklichkeit eine Betriebs-einschränkung gegen schlechten Geschäftsganges, so hätte die Entlassung anders vor sich gehen müssen. Die übrigen Kollegen erklärten sich solidarisch und legten alle die Arbeit nieder. Da nun bei den Unterhandlungen keine Einigkeit erzielt wurde, so fand in einer Versammlung eine Resolution Annahme, die die Kollegen auffordert, Mann für Mann abzureisen. Das ist auch befolgt worden; es befinden sich nur noch acht Kollegen am Ort. Nur ein Kollege, der lange Jahre unserer Organisation angehört hat, Oswald Vogel, verrichtet mit den beiden Bruchmeistern und dem Feuermann Klausreiterdienste. Der Kollege hat drei Wochen im Streik ausgeharrt und ist am 4. April seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallen. Auswärtige Kollegen werden aufgefordert, Solidarität zu üben und Mittweida zu meiden.

Unsere am 10. April stattgefundene Mitglieder-Versammlung war nur mäßig besucht. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 1. Quartal. Für die abgerechneten Kollegen, welche Kemter in der Sozialverwaltung innehaben, mußten Neuwahlen vorgenommen werden. Als Referat wurde Kollege Steinmann

und als Beirrevisor Kollege Fuchs gewählt. Zu Delegierte in das Gewerkschaftskartell wurden gewählt die Kollegen Schläger und Wächler. Den Kartellberichterstattete der Kollege Lippmann, und die Kollegen wurden aufgefordert, sich recht zahlreich an der Maifeier zu beteiligen. Weiter wurden die streikenden Kollegen ermahnt, ruhig im Streik auszuharren, um Herrn Peterschütz zu zeigen, daß noch Disziplin und Kampfesmut unter den Kollegen herrscht. Das Verhalten des früheren Kollegen Oswald Vogel wurde scharf kritisiert. Die Kollegen der A.-G. wurden aufgefordert, in der finanziellen Frage nicht zu erlahmen und den Opfermut weiter zu bewahren, nur das kann unsern streikenden Kollegen zum Siege verhelfen.

Obernburg a. M. Am 2. April fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Der Besuch war ein leidlich guter. Kollege Vohje hielt ein in gedrängter Form gehaltenes Referat über „Die Lage der Maintalsandsteinindustrie“. In der Diskussion bestätigten sämtliche Redner die von Vohje gemachten Ausführungen. Allseitig wurde erklärt, daß man die jegige Entlohnung geradezu als eine Frevlthat der Unternehmer zu betrachten habe. Die Unternehmer des Maintales führen ihren Konkurrenzkampf einzig und allein auf Kosten der Arbeiter. Selbst dem rückständigsten Arbeiter müsse über ein solches Gehären und Geschäftspraxis die Augen aufgehen. Die Notwendigkeit der Organisation wurde von allen Anwesenden eingesehen und schlossen sich samt und sonders dem Verbands an. Eine Zahlstelle wurde gegründet und die Vorstandswahlen vorgenommen. Die Kollegen versprachen energisch zu agitieren, um auch den letzten indifferenten Kollegen des Ortes und der Umgegend dem Steinarbeiterverbande zuzuführen.

Oldenburg. Am 8. April fand unsere Monatsversammlung statt. Zuerst wurde die Abrechnung vom 1. Quartal verlesen und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde für seine gut geführte Kassenführung herzlich gedankt. Nachdem wurde der Gewerkschaftskartellbericht vorgelesen. Beim 3. Punkt: Erhöhung der Beiträge, wurde beschlossen, die Beiträge von 60 auf 70 Pfg. zu schrauben, und zwar für Steinmetzen, für Schleifer bleibt der Satz von 60 Pfg. bestehen. Die Mehreinnahme soll als Ortsgehalt dienen, und zwar für Ausgesteuerte oder noch nicht Bezugsberechtigte. Bei den Wahlen zum Verbandsstag wurde Kollege Maus-Bremen mit allen Stimmen gewählt. Anwesend waren 14 Kollegen. Als besonderer Wunsch wurde ausgedrückt die Erhöhung des Krankenzuschusses und andre Bestimmungen über die Einzelzahler. Im Großherzogtum Oldenburg sind viele kleine Städte, und überall schafften Steinmetzen. Wieviel organisiert sind, weiß man nicht, aber die höchsten Beitragssklassen können diese Kollegen nicht immer bezahlen. Abdann fanden die Neuwahlen des Vorstandes statt. Das Resultat ergab: Vorsitzender: Franz Koppitsch, Kassierer: Hermann Reikowsky, Revisoren: Wandischer und Quallmann.

Kollegen! Beteiligt Euch zahlreich an den Delegierten-Wahlen. Jedes Mitglied hat sein Stimmrecht auszuüben. Die Wahlen können in den Versammlungen oder auf den Werkplätzen vorgenommen werden.

Die Wahlprotokolle für die Hauptwahlen müssen bis zum 22. April beim Hauptvorstand eingereicht sein.

Rundschau.

Reichsversicherungsordnung und Gewerkschaftskongreß. Der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung ist dem Reichstage wenige Tage vor Ostern zugegangen. Es war anzunehmen, daß die erste Beratung im Plenum kurz vor Vertagung des Reichstages stattfinden und die Vorlage dann einer Kommission überwiesen werden würde, die während des Sommers tagen sollte. Nunmehr berichtet die bürgerliche Presse, daß beabsichtigt sei, die Vorlage schon in der ersten Woche nach Wiederzusammentritt des Reichstages, d. h. also vom 12. bis 16. April, in erster Beratung zu erledigen und sie dann einer Kommission zu überweisen, welche über die Grundzüge der Vorlage noch vor Vertagung des Reichstages eine Verständigung herbeiführen soll. Die letztere ist für die erste Woche im Mai vorgesehen. Würde in dieser Weise verfahren, dann müßte die Arbeiterchaft sofort Stellung zu der Vorlage nehmen und ihre Forderungen festlegen, denn wenn in der Kommission erst die Grundzüge des Gesetzes festgelegt sind, würde jede Aktion der Arbeiterchaft, eine ihren Wünschen entsprechende Gestaltung des Gesetzes herbeizuführen, nur wenig Nutzen bringen.

Es ist für den 25. und 26. April ein Allgemeiner Gewerkschaftskongreß nach Berlin einberufen. Die Vertreter der Christlichen und Hirsch-Dunderscher Organisationen sind zu diesem Kongreß ebenfalls eingeladen. Als Vertreter des Steinarbeiterverbandes werden an diesem Kongreß teilnehmen die Kollegen Hirte-Berlin, Elsner-Dresden, Ständinger-Leipzig und Schmidt-Bayreuth. — In Anbetracht dessen, daß der Kongreß schon in übernächster Woche tagt, hat der Zentralvorstand die Wahl der Delegierten selbst vorgenommen.

Gewerkschaftshänen. Die Hirsch-Dunderscher haben wieder einmal Stoff, über den roten Steinarbeiterverband zu schimpfen. Es wird die Lohnbewegung der schlesischen Sandsteinarbeiter besprochen und unser Verband als nicht leistungsfähig „gebrandmarkt“. — Die leitenden Personen vom Hirsch-Dunderscher Verbänden werden wohl selbst wissen, daß auch sie in tatsächlicher Beziehung nicht immer die Ansicht ihrer Verbandsmitglieder teilen. Wenn nun die Hirschlein die tatsächliche Differenz zwischen unserer Verbandsleitung und den schlesischen Sandsteinarbeitern zu ihren Gunsten ausschlagen, um Mitgliederanzahl treiben zu können, so muß dieses Gebahren recht nahe genannt werden. Was der Steinarbeiterverband leistet, wissen unsere Mitglieder, der Referatsbericht gibt darüber Auskunft. Ueberigens ist die Arbeit: Streiks und Sperren immer „Steinarbeiter“ allmählich sehr lang; auch daraus geht hervor, daß der Verband in bezug auf Lohnbewegungen hervorragendes leistet. — Wenn sich nun die brünstigen Hirschlein bei den Steinarbeitern „gefälligst“ in Erinnerung bringen wollen, so bleibt es eben bloß bei dieser Empfehlung, denn die Arbeiter der Steinindustrie wollen von diesen sonderbaren Heiligen wirklich nicht viel wissen. — Als Schreiber dieser Zeilen im September 1900 in einer hartbesuchten Steinarbeiterversammlung zu Groß-Rosen (Striegauer Bezirk) referierte, waren auch etliche Gewerkschaftler aus der Zahlstelle Profen erschienen. Als wir nun die Unterschiebe der beiden Organisationsrichtungen geschilbert hatten, insbesondere feststellten, daß die Hirschlein einzigen Steinarbeiter in der Verbandsleitung angestellt hätten, da erhob sich ein „Gewerkschafter“ organisierter Steinarbeiter und sagte etwa:

Von dem Herrn Rühl (Redakteur am „Bauhauwerker“) wollen wir hier überhaupt nichts wissen. Dieser Mann hat von der Steinindustrie keine Ahnung; wir verzichten auf die

Und der das sagte, war ein Wortführer der Zahlstelle Profen. Das ist also ein nettes Beispiel, wie teilweise die Hirsch-Dunderscher Führer von ihren Mitgliedern geliebt werden. Im schlesischen Sandsteingebiet können die Herren Rühl und Konforten wirklich keine Geschäfte machen. Daß sich unsere Kollegen in Bunzlau und Umgebung bei der letzten Lohnbewegung in eine große Erregung bringen ließen, kann die Redaktion nur lebhaft bedauern. Aber wir haben das feste Vertrauen zu den Kollegen dieses Bezirks, daß diese Differenz bald wieder verschwinden wird. — Die Hirschlein aber kennen wir schon. Wenn eine freie Gewerkschaft einen Streik verliert oder wenn eine Lohnbewegung ungünstig verläuft, dann wollen die Phrasen im Trüben fischen. Wir wollen ihnen dieses Vergnügen lassen, die ganze Verächtlichungskampagne bringt ihnen auch nicht einen Aufnahmestrich ein.

Vom Sandsteingehäft. Die Lieferungen von Sandsteinen aus der sächsischen Schweiz haben in diesem Jahre in einem Umfange eingeseht, wie dies noch niemals der Fall gewesen ist. Die Steine werden namentlich von Hamburg, Magdeburg und Helgoland gefordert, wo Strom- bzw. Festungsbauten ausgeführt werden. Angesichts des starken Bedarfs sind die Preise etwas anziehend. Schon im vorigen Jahre war eine bedeutende Besserung eingetreten. Nach der soeben beendeten Statistik wurden im vorigen Jahre auf der Elbe verladen: Pflastermaterial 5000 Kubikmeter, Baumaterial 3000 Kubikmeter, aus den Brüchen bei Cotta 12 800 Kubikmeter, Schüttsteine aus den Elbstrandbrüchen 4000 Kubikmeter, gesägte Blöcke aus den Cottaer Brüchen 690 Kubikmeter, neue Steinblöcke aus denselben Brüchen 1099 Kubikmeter, insgesamt etwa 26 600 Kubikmeter. Dies war seit dem Jahre 1902 der größte Konsum und wurde auch bereits durch die großen Hafenbauten und die Elbregulierung in Hamburg bedingt. — Wir wünschen nur, daß diese gute Konjunktur im Elbiale anhalten möchte.

Unternehmermut. Hier ein Beispiel, wie die Unternehmerrrorismus üben: Bei der Firma Peterschütz in Mittweida wurde der Kollege Einert entlassen. Dieser war ziemlich drei Wochen am Streik der Pflastersteinmacher beteiligt. Nun stellte aber die hiesige Aktiengesellschaft Stundenlöhner ein und Einert fragte nach Arbeit, erhielt auch welche. Ehe er aber anfangen konnte, mußte er eine Bescheinigung haben, warum er bei Peterschütz die Arbeit verlassen hätte. Bescheinigung lautete: „Der Betreffende wurde wegen Arbeitsmangels entlassen.“ Jetzt endlich konnte er seine Arbeit beginnen. Aber kaum hatte Einert drei Tage geschafft, so wurde ihm erklärt, daß er nicht mehr weiter arbeiten könnte, Herr Peterschütz leide es nicht, wenn er anderweitig in Arbeit stände. Herr Peterschütz brauche ja selbst Leute, aber warum zuvor die Entlassung? Ein Angestellter der Aktiengesellschaft telephonierte nach Dresden; nämlich Herr Sartre, ein schwerreicher Aktionär, weilte im Landtage. Der konservative Abgeordnete gab nun seine Einwilligung dazu, daß Einert entlassen wurde. Kommentar überflüssig.

100 Prozent Dividende. Kürzlich konnte die Presse berichten, daß eine Hamburger Terraingesellschaft ihren Aktionären 93 Prozent Dividende auszahlte. Jetzt wird der Jahresabschluss einer Berliner Terraingesellschaft, der Berlinischen Bodengesellschaft, bekannt, er lautet für die Aktionäre, wie im Vorjahre, auf 100 Prozent Dividende! Die Berlinische Bodengesellschaft steht der Dresdner Bank sehr nahe. Der Gewinn aus der geschäft betriebenen Bodenbewerung ist im großen und ganzen aus dem Verkauf von 150 Baustellen entstanden, er beträgt bei einem Aktienkapital von 1 000 000 Mk. die nette Summe von 1 358 877 Mk.!! Dazu kommen dann noch für 100 000 Mk. Zinsgewinne. Von dem verbleibenden reinen Ueberschuß in der Höhe von 1 269 304 Mk. erhielt erst Aufsichtsrat und Vorstand zusammen 191 617 Mk. Lantien, dann die Aktionäre 1 000 000 Mk. an Dividende. Dies war schon im letzten Jahre, die Gesellschaft hat also in zwei Jahren ihr ganzes Vermögen zweimal neuverdient! Und die Allgemeinheit muß die Kosten für die Viehhändlerpresse zahlen, die durch solch ungläubliche Zwischengewinne entstehen. Die Baustellenverkäufe sind nicht nur in diesem Falle so lukrativ, die Boden speculation steckt jährlich Hunderte von Millionen ein, die Summen müssen dann natürlich in den Mietpreis der Wohnungen eingeschlossen werden, sonst würde sich das im Hause investierte Kapital ja nicht „rentieren“. Auf der andern Seite wird dann außerdem noch gemammert, wenn die Allgemeinheit in Gestalt einer Wertzuwachssteuer einen Teil der Riesengewinne abfordert, und den Mietern wird bei Klagen über die hohen Preise gesagt, daß davon nur die hohen Löhne der immerwährend streikenden Bauarbeiter und Zimmerer schuld seien. In Wirklichkeit bleibt immer wieder die allererste Ursache die ungläubliche Bodenbewerung, die oft genug die zweifelhaftesten Personen zu schverreichen Leuten macht, und den Bauarbeitern wird im Ernstfall jeder Pfennig Lohnerhöhung verweigert.

Wieder eine vertrackte Krankenzuschüsse! Die Westdeutsche Krankenunterstützungs-kasse mit dem Sitz im heiligen Köln hat Pleite gemacht. Die Werbeapostel dieser Kasse haben insbesondere in den Steinbruchgebieten ihre Fangarme gar unermüßlich ausgebreitet. Besonders im Lausitzer Granitgebiet mußten unsere Kollegen öfters lagbar vorgehen, um ihr Krankengeld zu erhalten. Nun hat die Kasse bankrott gemacht und die weiteren Lagen sind ausichtslos. Die Steinarbeiter warnen wir vor solchen unsoliden Unternehmungen. Würde beispielsweise die Krankenzuschüsse unseres Verbandes nicht funktionieren, die Kollegen machten den größten Alarm. Aber wenn mittels großer Reklame die bürgerlichen Schwindelkassen angegriffen werden, dann kriechen unsere Kollegen bedauerlicherweise auf den Reim.

Nationale Lügenpeter. Als im September vorigen Jahres die Triolenaffäre Wilhelm Schads publl wurde und einen für die Deutschnationalen sehr blamablen Ausgang nahm, begrüßte die antisemitische und antisemitische Presse mit Jubel eine freche Lüge über den Genossen Hengsbach, Reichstagsabgeordneter für Duisburg-Oberhausen, als Ableitung. Sie wurde eifrig kolportiert und zu mächtigen Artikeln ausgeschlachtet; der sehr ehrenwerten „Staatsbürger-Zeitung“ gefiel sie dermaßen, daß sie sich absolut nicht zur Erfüllung der elementarsten Anstands-pflicht entschließen konnte, ein Schreiben des Genossen Hengsbach zu veröffentlichen, worin die Lüge als Lüge gekennzeichnet wurde. Die nationalen Wahrheitsapostel Wiegand, Richter, beides Kaufleute, strengten das Gericht über Hengsbach aus. Vor Gericht klappten diese treu-deutschen Bürgchen jämmerlich zusammen. Sie unterzeichneten folgenden Vergleich:

Wir haben uns durch das Ergebnis der Verhandlung davon überzeugt, daß wir das Opfer einer Irreführung geworden und die von uns gegen den Reichstagsabgeordneten Hengsbach erhobenen Vorwürfe unhalbar sind. Wir nehmen diese Vorwürfe mit dem Ausdruck des Bedauerns als unwahr zurück und tragen die Kosten des Verfahrens.

Auch in der christlichen Gewerkschaftspresse wurden die Verleumdungen der beiden Schadgenossen aufgenommen. Ob eine Richtigstellung nunmehr erfolgt, ist wohl kaum anzunehmen.

Die Durchführung des Reichstatarifvertrags im Malergewerbe vollzieht sich nur langsam und nicht ohne Ueberwindung größerer Schwierigkeiten bei Errichtung der Orts- und Gautarifämter. Die für die Ortsratifämter vorgesehenen unparteiischen Vorsitzenden sind in Heimerden Orten nicht erhältlich, da die Herren Bürgermeister, Ortsvorsteher und Adjunkten mit wenig Ausnahmen ein solches Amt ablehnen. An größeren Orten, wo Gewerbegebiete in Frage kommen, hängt die Inanspruchnahme der Gerichtsräte von der vorgesezten Höhe ab. In Rürnberg ergab sich nach einer Eingabe beim Magistrat die Erlaubnis für die Tätigkeit des Gewerberats Dr. Wagner erwirkt werden, während in Augsburg, Regensburg, Köln u. a. das Schicksal

nicht wurde, mit dem Hinweis, daß dann die übrigen Gewerkschaften mit ähnlichen Tarifverhältnissen ebenfalls die Gerichte in Anspruch nehmen könnten, was angeht die bereits bestehenden Belastungen an Arbeit nicht gesehen könne. Bei Errichtung der Gantarifämter zeigen sich dieselben Schwierigkeiten, und so ist es denn bis jetzt erst in drei Landesteilen möglich gewesen, kritische Fragen zur endgültigen Entscheidung zu bringen. Das Gantarifamt München, unter Vorsitz des Gerichtsrats Dr. Gehler, erledigte am 16., 17. und 18. März eine Reihe wichtiger Fragen. Ebenso das Gantarifamt Frankfurt a. M. und das in Essen a. d. R. Die Errichtung weiterer Gantarifämter in Hamburg, Leipzig, Berlin, Stettin und Königsberg ist vorgesehen. Die Errichtung des Haupttarifamts dürfte ebenfalls Schwierigkeiten verursachen, da die drei Unparteiischen, die die Tarifverhandlungen geführt haben und dafür vorgesehen waren, nicht mehr vollständig für dieses Amt zu haben sind. Herr Dr. Rath-Effen fungiert bereits als Unparteiischer im Gantarifamt. Es soll noch-mals der Versuch gemacht werden, den Ministerialrat Dr. Wiedefeld für die Uebernahme des Amtes zu gewinnen. Wenn die Gantarifämter alle gesprochen haben und sich danach das Haupttarifamt konstituiert hat, soll voraussichtlich Ende des Monats Mai das Haupttarifamt tagen.

Wie weit sind wir in der Steinindustrie von diesen Einrichtungen noch entfernt!

Der Verband der Westdeutschen Steinbruchbesitzer hielt am 23. März in Köln seine Hauptversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Die schwedische Pflastersteinsollfrage, die Frachtfrage und die Erhebung statistischer Aufnahmen über die Produktion in der Steinindustrie.

Granit- und Marmorwerk im Osten. Das große Grundstück St. Lazarus, der Stadt Posen gehörend, ist an die Ostdeutschen Granit- und Marmorwerke (Inhaber S. Doppelfein) verkauft worden. Das Werk soll mit den modernsten Maschinen eingerichtet werden.

Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung hat Herr Oswald Köhler in Meissen zustande gebracht. Das Stammkapital soll 100 000 Mk. betragen. Herr Köhler ist der Meinung, daß das neugegründete Granitwerk sich bald gut einführen wird. — Das große Granitwerk des Herrn Cumio, welches früher Köhler gehörte, steht noch außer Betrieb.

Submissionen. In den nächsten Tagen werden nachstehende Steinlieferungen vergeben: Offenbach: 2100 Meter Randsteine; Kassel: Steinarbeiten zum Neubau der katholischen Kirche in Medeloh; Eberswalde: 7800 Quadratmeter Pflastersteine; Lüneburg: 3400 Quadratmeter Pflastersteine; Bischofsberga: die Sandsteinarbeiten zum Lehrerseminar; Gelsenkirchen: 2700 Quadratmeter Pflastersteine; Leipzig: für die Urnenhalle der Bodenbelag aus Solnhofener Stein; Arnstadt: 10 Kubikmeter Werksteine; Bremen: etwa 16 000 Kubikmeter Bruchsteine zur Befestigung; Hannover: 5840 Quadratmeter Pflastersteine; Berlin: mehrere tausend Quadratmeter Pflastersteine; Priesel: 3400 Quadratmeter Pflastersteine aus Basaltlava; Meß: zum Lokomotivschuppen 40 Kubikmeter Werksteine; Frankfurt a. M.: 12 000 Stück Grenzsteine für die Eisenbahndirektion.

30 000 Waggons Bruchsteine will die Firma Kerber-Bühlberg (Niederbayern) dem bayerischen Staat für die Farkorrektion schenken. Der bayerische Staat soll aber als Gegenleistung den Bahnbau Kallened-Bühlberg (etwa 8 Kilometer Länge) übernehmen. — Der in Bayern allmächtige Eisenbahnreferent, Domkapitular Dr. Seraphin Pichler, wird aber wahrscheinlich das Kerber'sche Anerbieten fallen lassen.

Zur Renovierung des Kölner Doms wird Sandstein aus den Brüchen zu Osterwald verwendet. Baurat Hertel besuchte kürzlich die Steinbrüche und machte dabei größere Feststellungen.

Einem großen Marmorblock liefert die Firma Kiefer in Oberalm für den Düsseldorf-Bildhauer Hammer Schmidt. Der Figurenblock wiegt 25 Tonnen.

Weiteres aus dem schwarzen Lager. Eine tragikomische Geschichte findet man in dem Jahresbericht des christlichen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1900. Der Breslauer Verbandsbeamte erzählt in seinem Bericht, daß in Pafschau der Vizepräsident des dortigen kath. Arbeitervereins, ein Fabrikant, sieben „feiner“ Arbeiter auf Pflaster warf, weil sie sich die Freiheit genommen, sich im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter zu organisieren und hier die Kosten von Vorstandsmitgliedern zu bestreiten. Unter den Gemäßigten befanden sich Leute, die bis zu 18 Jahren im Betriebe tätig waren. Der Fabrikant war nicht nur Vizepräsident des Arbeitervereins, sondern bezahlte auch noch für seine Arbeiter die Vereinsbeiträge auf Geschäftskosten.

Daß christliche Gewerkschaftler von ultramontanen Arbeitgebern, also ihren nächsten politischen Freunden, schlecht behandelt werden, ist ja schon öfter vorgekommen. Dagegen ist die Tatsache mit dem ganzen Reiz der Neuheit ausgestattet, daß in einem katholischen Arbeiterverein ein Fabrikant als Vizepräsident fungiert, der auch noch die Beiträge für seine Arbeiter aus seiner eigenen Tasche bezahlt. Der Mann muß doch die Gewissheit haben, daß sich diese „Geschäftskosten“ gut rentieren. Präzises geradezu vorbildlichen Arbeitervereins ist natürlich ein Geistlicher und so erhalten wir wieder einmal ein erbauliches Beispiel, wie Geistlichkeit und Unternehmer zusammenwirken, natürlich nur zum Nutzen der Arbeiter.

Ins Gesicht gespuht. In Straubing hatten kürzlich die christlichen Eisenbahner eine öffentliche Versammlung einberufen, in der sich auch Mitglieder des „Süddeutschen Verbandes“ (freie Organisation) einfanden. Der Obmannstellvertreter des schwarzen Eisenbahnerverbandes in Straubing ging von seinem Tisch weg zu einem andern und fragte: „Wer ist da bei den Süddeutschen? Die möchte ich sehen!“ Ein Eisenbahner antwortete frank und frei: „Ich bin einer!“ Nun kam bei dem Frager jedenfalls seine christliche Nächstenliebe zum Ausbruch; er sagte: „Pfui Teufel, den Süddeutschen spude ich ins Gesicht!“ und spuckte dem Betreffenden tatsächlich ins Gesicht! Ueber ein solches Verhalten ist kein Wort weiter zu verlieren, denn jede Erwiderung würde die Sache nur abschwächen. Hätte sich der Vorfall aber umgekehrt ereignet, so wäre heute genugsam überall Entrüstung über den Terrorismus und die Unduldsamkeit des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes laut geworden. Ein solch gemeines Betragen richtet sich von selbst. Die Christlichen können auf diesen Helden recht stolz sein.

Verhafteter Steinbruchbesitzer. In Karlsruhe wurde der bekannte Kaufmann und Kontursverwalter Karl Burger wegen Veruntreuung von Konturs- und Münzelgeldern verhaftet. Die Unterschlagungen sollen 70 000 Mk. betragen und gehen auf längere Zeit zurück. Schon vor Monaten wurde gegen Burger Anzeige erstattet, weil er Erbschaftsgelder, die er nach Amerika einzuführen hatte, für sich verbraucht hatte. Burger ist Besitzer des Adertaler Porphyrwerkes in Furschenbach bei Rappelroden. Vor etwa drei Jahren war er Kontursverwalter für diesen Betrieb und muß sich während dieser Zeit von der Rentabilität desselben überzeugt haben, so daß er den Steinbruch erwarb. Er legte das Werk in großem Maßstab an und vergrößerte es durch Anlage von umfangreichen Maschinenanlagen zur Herstellung von Markschlag und Schotterstein. Nebenbei wurden noch Pflastersteine hergestellt. Unsere Kollegen im Betriebe hatten alle Ursache, mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen unzufrieden zu sein. Der Steinmangel war ein chronischer und infolgedessen auch der Verdienst der Akkordarbeiter der niedrigste in der ganzen Umgebung. Dazu mußten sie sich eine Behandlung gefallen lassen, wie sie unter anständigen Menschen

nicht Sitte ist. Vor allem war das Koalitionsrecht Herrn Burger ein Dorn im Auge. Der Vertrauensmann war von einem neuangestellten Betriebsleiter eingestellt worden, durfte aber auf Anweisung des Besitzers Burger nicht anfangen, wegen seiner Eigenschaft als Vorsitzender. Nach Zeitungsmeldungen soll Burger sein ganzes Vermögen in das Werk gesteckt haben, und dadurch in Schulden geraten sein. Die Lage des Werkes ist eine außergewöhnlich günstige in unmittelbarer Nähe der Furschenbacher Bahnhaltstelle. Wenn die Ueberschüsse trotz lebhaften Abjages nicht genügen wären, so liegt dies an Ursachen, über die die Arbeiterschaft am besten Auskunft geben könnte. Da Burger nicht selbst Fachmann, verschlang die Verwaltung und Leitung des Werkes verhältnismäßig riesige Summen. Von vornherein war Burger auch in finanzieller Beziehung nicht den Ansprüchen, die zur Errichtung und Erweiterung eines solchen Betriebes erforderlich sind, gewachsen.

Literarisches.

Die neue Bauwelt. Das sechsten erschienenen zweite Heft der im Verlage Ullstein u. Co., Berlin, erscheinenden Zeitschrift „Die Bauwelt“ beweist mehr noch als es bereits die erste Nummer getan hat, wie groß das Bedürfnis ist, das durch die Schaffung eines Nachrichtenblattes für alle Zweige des Bauwesens befriedigt wird. Die neue Fachzeitschrift ist äußerst geschickt zusammengestellt, und es wird sehr viel geboten. In den Vordergrund wird mehr die wirtschaftliche Seite des Bauwesens gestellt; die Unternehmerorganisation des Baugewerbes wird selbstredend ebenfalls erörtert. — Interessant ist die Mitteilung, daß in Bismarck bei Berlin in den letzten Tagen für 20 Millionen Mark Grundstücksverkäufe stattgefunden haben.

Eine Schrift über den Halleischen Kometen erscheint in einigen Tagen im Dresdner Parteinverlag von Raden u. Co. Sie enthält astronomisches und kulturgeschichtliches zur Kometenangelegenheit, bringt 80 Bilder und ist von Fritz Dünnell und Dr. Franz Diederich in Dresden gemeinsam verfaßt. Die Schrift ist etwa 120 Seiten stark und kostet 1 Mark. —

Kollegen! Agitiert für eine imposante Maiseier!

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 4. bis mit 9. April 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

- Lausitz, B. 3.05. Alsenz, B. 32.34, K. 15.80. Beuthen, B. 66.70, E. 1.50, K. 6.80. Bülow, B. 70.84, E. 0.50, K. 1.90. Gera, B. 127.88, E. 0.50, K. 4.45. Hannover II, B. 76.50, M. 0.75. Kirchhausen, B. 689.22, E. 6.50, K. 19.10. St. Johann, B. 75.90, E. 4.50, K. 2.40. Wenig-Radwitz, B. 391.—, E. 0.25, K. 44.50. Strehlen, B. 591.94, E. 15.—, K. 5.10. Reiffenhäuser, B. 21.—, K. 37.50. Müders, K. 9.—. Metten, B. 523.74, E. 2.50, K. 20.90. Leonbrunn, B. 38.05, E. 0.50, K. 15.50. Seibingsfeld, B. 147.20, K. 11.90. Halle, B. 18.85, E. 1.—, K. 0.40. Cunewalde, B. 315.24, E. 22.50, K. 10.90. Bede, B. 171.—, E. 10.—, K. 65.75. Beucha, B. 29.90, K. 0.10. Lunftröben, B. 76.—, K. 8.—. Minden, B. 16.95. Koburg, B. 4.40. Süder-Strarup, B. 2.20. Kößing, B. 9.90. Neustadt i. Holzt., B. 7.15. Jarman, B. 3.85. Gleiszellen, B. 1.70. Leipzig (Herrmann), K. 2.10. Berlin, B. 2070.—, K. 105.—. Braunshweig, B. 87.40, E. 0.50, K. 10.80. Derdingen, B. 114.—, K. 20.—. Eisenach, B. 306.82, E. 2.—, K. 12.20, M. 2.70. Seibronn, B. 84.—. Mühlhausen (Eiff.), B. 408.56, E. 1.50, K. 54.—. Mühlhausen (Thür.), B. 235.52, E. 0.50, K. 22.70. Martitzreit, B. 46.—, E. 0.50, K. 7.50. Mannheim, B. 197.80, K. 2.20. Niedermendig, B. 38.—, E. 6.—, K. 6.15. Obernburg, B. 3.80, E. 5.—. Stuttgart, B. 100.80, K. 0.45. Weßelburg, B. 68.05, K. 3.20. Wolgast, B. 11.50, E. 1.25. Striegau, B. 472.45, E. 17.50, K. 69.—, M. 4.—. Nordendorf, B. 115.—, K. 0.80. Meissen II, B. 42.—, E. 2.—, K. 1.—. Furschenbach, B. 311.88, K. 16.45. Kreuznach, B. 21.—, E. 1.50, K. 3.40. Kaiserhammer, B. 147.—, E. 2.—, K. 6.80. Kupferdreh, B. 96.60, E. 1.—, K. 4.80. Frankfurt a. M., B. 506.—. Köln I, B. 460.—, K. 20.—. Arnstadt (Thüringen), K. 1.10. Stade, B. 28.60. Freiberg, Ins. 4.80. Schönebeck, B. 9.90. Darlingerode, B. 123.28, E. 3.50, K. 5.80. Königsbriick, B. 126.—, K. 4.50, M. 2.50, Ins. 1.20. Kleinrinderfeld, B. 254.20, K. 7.55. Marktzeuthen, B. 141.96, E. 0.50, K. 7.20. Plagwitz-Tömenberg, B. 322.—, K. 29.75. Tröstan, B. 43.68, E. 0.50, K. 1.40. Zrieburg, B. 7.36, E. 8.—. Neuforg, B. 69.—, E. 3.—, K. 13.50. Oberdorf, B. 76.76, E. 5.50, K. 7.55. Ludwigshafen, B. 78.62, E. 0.75, K. 4.40. Nittlitzingen, B. 19.—, K. 21.—. Hamburg I, B. 782.—, K. 20.—, M. 2.—. Floß, B. 21.—, K. 0.20, M. 1.80. Demitz, B. 680.—, E. 10.—, K. 10.—. Crailsheim, B. 108.10, E. 2.—, K. 11.90. Bühlberg, B. 200.77, K. 8.50. Lübben, B. 2.40. Zorgan, B. 4.—. Leipzig (Dfheimer), B. 1.35. Gefrees, B. 92.—, K. 0.70. Gotha, B. 59.80, K. 1.—.

Berichtigung: In der Quittung in Nr. 15 muß es unter Beucha heißen: B. 717.06, E. 5.50, K. 81.80 statt B. 717.06, K. 12.40. Ludwig Geiß, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Demitz-Thumitz. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß das Ortsgericht beim Vertrauensmann, Demitz Nr. 42b, ausgezahlt wird. Die Ortsverwaltung.

Niedermendig. Wir ersuchen den Steinmehlen Nikolaus Scheid, gebürtig aus Trier, seinen Verpflichtungen in Obermendig nachzukommen, da seine Handlungsweise unsern Verband hier sehr schädigt. Die Ortsverwaltung.

Reinheim. Der Kollege Johann Obmann, geboren am 20. April 1890 in Kleinjimmern, wird ersucht, seinen Pflichten der Zahlstelle Reinheim gegenüber nachzukommen. Auch ist demselben keine neue Karte auszustellen, da seine in größter Unordnung hier liegt. Die Ortsverwaltung.

J. A.: Joseph Schmid, Kassierer.

Nürnberg. Der Kollege Adam Mantel, früher Vorsitzender der Zahlstelle Crailsheim, wird freundlichst ersucht, seine Adresse wegen dringender Verhältnisse sofort an Kollegen Sebastian Gaukel, Wassertorstraße 10, einzusenden.

Hamburg II. Nachstehende Kollegen haben der hiesigen Zahlstelle gegenüber noch Pflichten zu erfüllen: 1. Amandus Beeg; 2. Kurt Heinisch; 3. Martin Schulz; 4. Wilhelm Kamme; 5. Walter Thieme. Die Ortsverwaltung.

Neue Zahlstellen.

Zriberg (9. Gau). Vorf.: Giacinto Cappelario, Schonach. Obernburg a. M. (11. Gau). Vorf.: Nikolaus Waltes. Raff.: Kaspar Krant.

Adressen-Änderungen.

Niedermendig. Vorf.: Mathias Reip, Fallerstr. 25. Raff.: Anton Zeus, Thür bei Niedermendig.

Rödenberg (Schles.). Vorf.: Georg Schuler, Neupere Bunzlauer Str. 4. Raff.: Georg Eisenhauer, Raubauer Str. 252.

Gelsenkirchlag. Raff.: Friedrich Lehmann, Hochstraße 67.

Wolgast. Vorf.: F. Will, Neustadt 12.

Briefkasten.

Kronach. Die Firma, welche den Gauger Friedenspalast übernommen hat, kennen wir nicht. — G. B. in K. Die Ueber-

meifung kann ausnahmsweise von Hamburg aus geschehen. — M. Nach unserer Meinung ist die genannte Kasse nicht im geringsten vertrauenswürdig. Muß es denn immer noch solche naive Leute geben. Durchhöhere die Rundschauanzeigen in der heutigen Nummer. — Sch. in L. Wir können wegen der Versammlung eine zugehende Antwort nicht erteilen. Die Zahl würde netto 45.80 Mk. machen. — Weissenstadt. Der Bericht trägt weder Unterschrift noch Stempel. — G. Mit solchen Bekanntmachungen blamiert Ihr Euch bloß. Aus der Ortsliste sind Gelder nicht zu verborgen. Von Eurer Zahlstelle werden wir mit solchen Schreiben reichlich versehen, diese Sauererei haben wir gründlich satt. — Effen und Roth am Sand. Die eingefandten Bekanntmachungen lehnen wir im Interesse der reisenden Kollegen ab. — Schulkamerad. Teile doch mit, ob sich die Unternehmer der aufgemachten Rechnung fügen. Besten Gruß!

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Donnerstag, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr
im Verbandslokal, Sehdelfstraße 30

Versammlung aller in der Grabsteinbranche tätigen Kollegen.

Tagesordnung: Die Durchführung des Tarifs.
Kollegen der Grabsteinbranche, erscheint ohne Ausnahme!
Die Ortsverwaltung.

Zöblitz i. Erzgebirge.

Am 24. April 1910, nachmittags 2 Uhr
Versammlung der Serpentinsteinarbeiter
im Hotel Stadt Teplitz.

Tagesordnung: 1. Die Serpentinsteinarbeiter und die Aufgaben des Steinarbeiterverbandes. Referent: Hermann Siebold, Leipzig. 2. Diskussion.

Die Kollegen der Serpentinsteinarbeiter werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Der Einberufer.

Die Maiseier der Steinarbeiter des Maulbronner Sandsteingebietes findet in Sternensfels am 1. Mai statt, wozu sämtliche Kollegen und Gönner unserer Sache freundlichst eingeladen sind.
Die Ortsverwaltung. J. A.: Christian Jüngling.

Auf höhere Stellen in der Praxis

bereiten die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld vor: Steinmetzmeister, Strassenbautechn., Polier, Bautechn. Glänzende Ergebnisse. Dankschreiben. Ansichtssendungen. Kleine Teilzahlungen.

Bonness & Hachfeld, Potsdam-W.18.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Schürzen
Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Buchstinstosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft
in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Suche sofort einen
Steinmetzen
der Granitschrift hauen kann u. in Sandsteinarbeiten firm ist.
H. Iversen, Sonderburg (Schleswig-Holstein).

Mehrere tüchtige Handschleifer
auf schwed. Granit werden für dauernde Beschäftigung gesucht.
Granitwert Hermann Zahn, Bernsdorf (Oberfranken).

Wir suchen einige tüchtige
Granit-Handschleifer
zum sofortigen Eintritt. — Desgleichen einige
Kolonnen-Pflastersteinmacher.
Granitwerte Steinerne Henne, Bernigerode a. Harz.

Zwei tüchtige Handschleifer
sofort gesucht.
Freiberger Marmorindustrie, Georgenstraße 3.

Kollege Otto Ewald
wo steckst Du? Es sucht Dich E. St. in Halberstadt.

Gestorben.
In Bunzlau am 3. April der Kollege Anton Kratoch-will, 42 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.
In Dresden am 9. April der Kollege Gustav Freißler, 32 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Gommern am 25. März der Kollege Friedrich Plehn, 27 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Wittengelsch.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Monat der Generalversammlungen. — Die Arbeitsverhältnisse in Aktienbetrieben. — Vom Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Der Monat März ist bekannt wegen der zahlreichen Generalversammlungen von großen und größten Aktiengesellschaften. Vor allem sind es unsere Großbanken, deren Generalversammlungen in den März fallen. Aber auch die größeren Industriebetriebe in Form von Aktiengesellschaften, die ihr Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr schließen, halten im März Generalversammlungen ab. Wenn man nun freilich glaubt, die Aktionäre würden die Generalversammlungen eifrig frequentieren und hier ihren Einfluß auf die Verwaltung der Gesellschaften zur Geltung bringen, so täuscht man sich. Das Gros der Aktionäre hat ein äußerst geringes Interesse an dem inneren Betriebe der Gesellschaft, der sie ihr Geld anvertrauen. Ist doch die Zahl der Aktionäre, die ihr Kapital einer und derselben Gesellschaft überhaupt überlassen, gering. Das Kapital, das in Industriellen angelegt ist, befindet sich heute in der Hand von heute morgen jenseits der Dividendenwerte bezogen. Der Kapitalist, der heute die Aktien einer Bergwerksgesellschaft besitzt, verkauft diese schon morgen, wenn er davon einen Kursgewinn machen kann und kauft dafür Aktien eines andern Waplers, von dem er hofft, daß er in kurzer Zeit dieses Papier wieder mit Kursgewinn loslagern kann. Bei dem Aktionär, wie er heute als Regel gelten kann, ist daher ein äußerst minimales Interesse an dem dauernden wirtschaftlichen Ergehen des Unternehmens vorhanden, von dem er gerade zu der Zeit, zu der die Generalversammlung stattfindet, pro rata seines Aktienbesitzes Eigentümer ist. Die Aktie verflüchtigt den Eigentumsbegriff. Es kommt ferner hinzu, daß es für die Aktionäre schon aus räumlichen und zeitlichen Gründen unmöglich ist, immer den Generalversammlungen beizuwohnen. Und so spielen sich die meisten Generalversammlungen in der Weise ab, daß die Verwaltung, Direktion und Aufsichtsrat, unter sich ist und selten ein Widerspruch gegen die Vorschläge der Verwaltung sich geltend macht. Die ganze Generalversammlung ist in den weitaus meisten Fällen eine bloße Formjahre. Wenn neuerdings durch Arbeiterorganisationen der Versuch gemacht wird, in den Generalversammlungen großer industrieller Gesellschaften durch vorübergehenden oder dauernden Erwerb von Aktien einen Vertreter zu entsenden, so ist dies im wirtschaftlichen Interesse der Betriebe nur zu begrüßen. Denn das einseitige finanzielle Interesse wiegt heutzutage in den großen Industriebetrieben so stark vor, daß darüber die allgemeine wirtschaftliche Seite sehr leicht vernachlässigt wird. Freilich müssen diese Arbeitervertreter ihre Kritik immer vom Standpunkt des Aktionärs aus vorzutragen verstehen.

Daß aber gerade die Arbeitsverhältnisse auf die wirtschaftliche und finanzielle Gestaltung eines Unternehmens von großem Einfluß sind, dafür möchten wir hier ein interessantes Beispiel anführen, das in einem Aktienbetriebe des Zementgewerbes vorliegt. Die Breitenburger Portland-Zementfabrik in Barchfeld und Damburg besitzt in ihren Geschäftsberichten für das Jahr 1909 eine bemerkenswerte Erwähnung des Verhältnisses zwischen Arbeit und Kapital. Es heißt darüber: „Während der letzten Jahresleistungen des Betriebs liegen zudem nicht daran zweifeln, daß die Arbeit verfolgt wurde, unbesetzten Stellen einen entsprechenden und dauernden Einfluß in Angelegenheiten unserer Gesellschaft zu erlangen. Bei solcher Sachlage war eine Nachlässigkeit naturgemäß von vornherein ausgeschlossen, und wir hatten denn auch die Genugtuung, daß nach sieben Wochen unsere Leute die Arbeit zu unveränderten Bedingungen wieder aufnahmen.“ Trotzdem waren Ausfälle in der Produktion unvermeidlich und eine Beeinträchtigung der finanziellen Resultate unausbleiblich. Um sich für die Folge von den Arbeitern unabhängiger zu machen, will die Verwaltung der Gesellschaft die maschinellen Einrichtungen nach dem Stande der neuesten Technik vervollkommen. Diese Ausführungen der Verwaltung fanden in der Generalversammlung der Aktionäre ohne weiteres Zustimmung. Würde ein einziger Aktionär den hier gemachten Ausführungen auf Grund eingehender Sachkenntnis gegenüberzutreten und hätte unter Umständen nachweisen können, daß eine Bewilligung der Forderungen der Arbeiter nicht nur keinen Schaden, sondern unter Umständen der Gesellschaft sogar Vorteil gebracht hätte, so wäre dadurch zweifellos dem Unternehmen als solchem ein Dienst erwiesen worden. Vielleicht könnte die Verwaltung die Forderungen nicht bewilligen, weil die maschinellen Einrichtungen schon längere Zeit rückständig sind. Wir können im vorliegenden Fall nicht entscheiden, wie die Verhältnisse lagen und liegen, aber das ist sicher, daß es im Interesse unserer Industrie liegt, wenn man sich in den Generalversammlungen mehr um die wirtschaftliche Seite des Betriebes kümmern wollte, und wenn nicht ausschließlich nur die Dividendenfrage die erste Rolle spielte.

In der letzten wirtschaftlichen Rundschau wurde auf die eigenartige Gestaltung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe während des Monats Januar hingewiesen. Damals waren die Ausweise für den Monat Februar noch nicht bekannt. Diese sind nun inzwischen veröffentlicht worden und ergeben ein

vom Januar total abweichendes Bild. Hatte der Januar den Besserungsweg, der seit Ende 1909 zu beobachten war, scharf unterbrochen, so setzte er sich im Februar mit um so stärkerer Intensität wieder fort. Der Andrang im Baugewerbe betrug nämlich nach den Berichten der öffentlichen Arbeitsnachweise:

	Dezember	Januar	Februar
1908/09	380,74	441,87	648,56
1909/10	378,79	409,49	842,27

Wenn auch der Andrang noch immer höher ist als im Dezember, was auf die eigenartige Gestaltung im Januar zurückzuführen ist, so ist doch die Erleichterung im Februar dieses Jahres offensichtlich. Es sind vor allem die offenen Stellen gegenüber Januar ganz beträchtlich gewachsen. Daß aus der Lage des Arbeitsmarktes nicht ohne weiteres auf die Konjunktur geschlossen werden kann, das ist selbstverständlich. Das hat aber das in der letzten Rundschau zitierte Fachblatt der Arbeitgeber ohne weiteres getan, und zwar auf einer völlig unzutreffenden Grundlage, indem es die Zahl der offenen Stellen im Januar zunehmen ließ, während in Wirklichkeit eine Abnahme festgefunden wurde. Dieser irreführenden Behauptung galt es alsbald entgegenzutreten und die Lage des Arbeitsmarktes nach den richtigen Ziffern zu charakterisieren. Daß damit kein Urteil über die augenblickliche und fernere Gestaltung der Baukonjunktur ausgesprochen werden sollte, ging daraus hervor, daß unsere Folgerungen, die wir aus der Richtigstellung ziehen, sich ganz unabweisbar nur auf die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Januar bezogen. Berlin, am 2. April 1910. Richard Calwer.

Willkür an Staatsbauten.

Wiederholt haben wir schon darauf hinweisen müssen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse an Staatsbauten nicht bessere sind als bei den Privatbauten. Dies trifft auch auf den neuen Badischen Bahnhof in Basel zu. Die Steinbauerarbeiten für diesen Staatsbau sind verschiedenen Firmen übertragen. U. a. auch dem Unternehmer Moritz Ceregheiti von Ralsburg bei Randern. Die Arbeiter werden zum Teil im Steinbruch in Ralsburg und zum Teil am Platz in Basel hergestellt. Die Löhne für die Arbeiter betragen bisher für Mollons pro Quadratmeter 6 Mk. Jetzt legt der Unternehmer den Preis pro Quadratmeter auf 5 Frank (4 Mk.) fest. Also eine Reduzierung von 2 Mk. pro Quadratmeter oder 33 Prozent gegen früher. An Stundenlohn wurde früher bezahlt 60 Pfg. Am letzten Zahlungsbetrag der durchschnittliche Stundenlohn 48 Pfg. Von der Reduzierung wurden auch Arbeiter betroffen, die im vorigen Jahre bei dem gleichen Unternehmer beschäftigt waren und einen Stundenlohn von 60 Pfg. erhalten hatten. Das interessanteste ist aber, daß den Arbeitern im Steinbruch der frühere Lohn weiter bezahlt wird. Nur die in Basel beschäftigten Arbeiter sollen zu billigeren Preisen arbeiten, obwohl der Lebensunterhalt in Basel bedeutend teurer ist, als im Steinbruchort Ralsburg. Die Versuche, die Differenzen zu schlichten, scheiterten an der Erklärung des Unternehmers, daß kein Pfenning mehr bezahlt werde. Zudem lasse er sich keine Vorschriften machen vom deutschen Verband, da er für seinen Platz in Basel Steuern bezahle und für ihn die Baseler Löhne maßgebend seien. In Basel beträgt aber der Durchschnittslohn noch deutscher Artungen umgerechnet 62 Pfg. Dem Unternehmer wurde erklärt, daß wir ohne weiteres mit den im Baseler Tarifvertrag festgesetzten Löhnen einverstanden sind. Der Unternehmer zog es vor, die Verhandlungen abzubrechen und die Kommission stehen zu lassen. Da es unmöglich war, zu den diktierten Löhnen zu arbeiten, beschloßen die Kollegen, die Arbeit niederzuliegen. Der Betrieb Ceregheiti ist gesperrt und warnen wir die Kollegen, um sich vor Schaden zu bewahren, vor Zugang von Granitarbeitern nach Basel. Der Unternehmer baut sich in Ralsburg zurzeit ein Haus. Wenn er glaubt, durch eine derartig harter Lohnreduzierung die Arbeiter zur Beisteuer an seinem Hausbau heranzuziehen zu können, so dürfte er sich in einem schweren Irrtum befinden.

Die Firma Helfmann von Frankfurt a. M., von der Ceregheiti die Arbeit übernommen hat, ist unterrichtet worden. Auch die Generaldirektion der badischen Eisenbahn wurde von der willkürlichen Lohnherabsetzung eines Unternehmers bei einem Eisenbahnbau benachrichtigt.

Wenn die Kollegen, und vor allem die Italiener Solidarität beweisen und den Betrieb meiden, wird auch Ceregheiti zu der Ueberzeugung kommen, daß die Zeiten vorbei sind, wo die Arbeitslöhne rücksichtslos um ein Drittel herabgesetzt werden konnten.

Bericht über die Konferenz des 10. Gaues (Regensburg).

Am 27. und 28. März tagte in Regensburg die Konferenz des 10. Gaues mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleitung; 2. Organisation und Agitation; 3. Hilfsarbeiterfrage und Arbeitslosenunterstützung; 4. Gausteuer und 5. Verchiedenes.

Beschied war die Konferenz mit 32 Delegierten, die 29 Zahlstellen vertraten. Die Gauleitung war während der ganzen

Verhandlungen vollzählig anwesend; von der Zentralleitung war Kollege Siebold mit der Vertretung beauftragt. Das Büro wurden gewählt die Kollegen Ein-München als 1., Stieltmeyer-Metten 2. Vorsitzender; als Schriftführer Mayer-Kugsburg und Weiland-Kiefersfelden.

Der Bericht der Gauleitung lag im Druck vor und wurde durch Gauleiter Mittenmeyer noch ergänzt. Seine Ausführungen gaben ein klares Bild vom dem gesellschaftlichen Leben im Gau. Die Konjunktur ist nicht besonders günstig, die Arbeitslosigkeit groß. Doch äußert sich diese nicht sonderlich, da die Unternehmer ihre Leute nicht entlassen, sondern mit sehr hart verkürzter Arbeitszeit arbeiten lassen, um sie gleich bei der Hand zu haben, wenn Bestellungen einlaufen. Diesen Umstand bittet er bei dem Punkt Arbeitslosenunterstützung besonders zu berücksichtigen. Die Ortsverwaltungen ersucht er, immer mehr nach Selbstständigkeit zu streben, um nicht bei jeder Kleinigkeit nach dem Gauleiter rufen zu müssen. Bei der großen Ausdehnung des Gaus wäre das sehr wünschenswert, da hierdurch dem Verband viel Geld erhalten bliebe, das so für Bahn und Dienen ausgegeben werden muß. In Bezug auf Einseitigkeit von Lohnbewegungen sei mögliche Vorkehrung zu über. Wenn eine Lohnbewegung vom Zentralvorstand genehmigt ist, so ist damit nicht gesagt, daß dann auch gleich ein Streik sanktioniert ist. Die Tarifverträge müssen einheitlicher und vollkommener gestaltet werden. Schauerhafte Zustände herrschen noch im Pfälzgebirge betreffs der Bundesratsverordnung. An diesen Umständen sind die Kollegen zum großen Teil mit schuld, indem sie selbst nicht für deren Beseitigung sorgen; natürlich fällt er den Unternehmern auch nicht ein, Remedur zu schaffen. Es soll darüber eine Denkschrift in Broschürenform aufammengestellt werden. Die Lesende und die Wandbibliothek haben sich vorzüglich bewährt und sollen noch weiter ausgebaut werden. Die gute Wirkung äußert sich insbesondere auch in der Weise, daß im bayrischen Wald zum größten Teil die Kollegen die Träger der politischen Organisation sind. Die Gausteuerabrechnung liegt schriftlich vor. Zum Schluß spricht der Gauleiter allen denen, die durch Kleinarbeit in der Agitation und durch Festhalten an dem Bestehenden für das Wohl der Gesamtheit gewirkt haben, seinen Dank aus und wünscht, daß jeder Kollege eifrig bestrebt ist, für unsere gute Sache zu wirken und zu arbeiten.

Die kurze und sachliche Diskussion zeigte, daß man im allgemeinen mit der Tätigkeit des Kollegen Mittenmeyer einverstanden war. Kollege Siebold bestätigte ebenfalls, daß die Zentralleitung mit der Tätigkeit unseres Gauleiters zufrieden ist.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung referiert Gauleiter Mittenmeyer. Er bedauert, daß diese Fragen immer wieder behandelt werden müssen, denn leider hat ein großer Teil selbst organisierter Kollegen den Organisationsgedanken noch nicht begriffen. Sie lassen sich immer noch durch allerlei Unternehmernpraktiken ableiten. In den Zahlstellen müssen die Besten vorn hingestellt werden, nicht die Schleier. Alle fähigen Kollegen müssen hervorgeholt und zu Führern herangebildet werden, um sie hinauszuweisen zu können zur Gewinnung Indifferenter. Es muß mehr Vertrauen zur Sache und mehr Vertrauen zu den Führern Platz greifen, um unsere Aufgabe richtig lösen zu können. Der alte Gosl muß beseitigt und die Organisation auf eine breitere Grundlage gestellt werden durch Organisation aller jener Arbeiter, die bei jeder Art der Streikgewinnung und Steinverarbeitung beschäftigt sind. Um hier Erfolge erzielen zu können, muß eine niedrigere Beitragsklasse geschaffen werden. Im 10. Gau sind noch Tausende organisationsfähige Kollegen vorhanden, die gewonnen werden müssen. Dies ist jedoch nur zu erreichen durch intensive Kleinarbeit. Dazu ist es nötig, daß die Kollegen enge Fühlung miteinander behalten, jeder sich ausbilde, soweit seine geistigen Fähigkeiten reichen, jeder fleißig mitarbeite. Vieles ist schon erreicht worden, aber keinem soll es genug sein.

Der Vorsitzende stellte den Antrag, gleich das zweite Referat zu hören und beide zugleich in der Diskussion zu behandeln, da eine Grenze zwischen beiden nicht gut gezogen werden könne. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Das Wort zum 3. Punkt erhielt Kollege Schmidt-Hagenreuth. Ziemlich weit ausholend ging Schmidt erst auf die Gründung der deutschen Gewerkschaften ein, kam dann auf die Zentralisationsbestrebungen in denselben zu sprechen, um sich dann weiter über die Unterstützungeinrichtungen im allgemeinen zu verbreiten. An der Hand einigen Zahlenmaterials stellt er Leistung und Gegenleistung einander gegenüber. Unser Verband kann sich andern Verbänden im Verhältnis ruhig zur Seite stellen. Weitere Unterstützungeinrichtungen sind vorerst nicht nötig. Die Hilfsarbeiter müssen gewonnen werden, doch sind hohe Beiträge und niedrige Unterstützungsansätze nicht dazu angetan, den Leuten den Beitritt zur Organisation schmachtlich zu machen und der Erfolg wird ausbleiben. Keine brachte eine Resolution in diesem Sinne ein, die als Antrag an den Verbandstag eingebracht wird.

In der Diskussion wurde beschlossen: Organisation, Agitation und Hilfsarbeiterfrage gemeinsam, die Arbeitslosenunterstützung gesondert zu behandeln. Der Grundgedanke der sehr sachlichen Ausführungen der vielen Diskussionsredner war:

Das Alter des Menschengeschlechts.

Kürzlich hielt im Verein für Völkertunde zu Leipzig Professor Vend (Berlin) einen Vortrag über das Alter des Menschengeschlechts. Die getstvollen Ausführungen des Vortragenden hielten sich streng an wissenschaftliche Forschungen und waren frei von unbewiesenen Hypothesen. Der Vortrag selbst war durch zahlreiche, ausgezeichnete Lichtbilder unterstützt. Professor Vend führte etwa das folgende aus:

Um zu einer bestimmten Vorstellung über das Alter des Menschengeschlechts zu kommen, müssen wir erst eine geologische Chronologie (Zeitlehre) aufstellen; dann erst kann sich die Möglichkeit eröffnen, die angewandte Chronologie in eine historische umzuwandeln, die nach unseren Zeitlichkeiten, nach Jahren rechnet. Diese Umrechnung ist natürlich nur in rohen Umrissen möglich, exakte Zeitangaben liegen fern. Eine derartige Umrechnung ist möglich durch ein großes Ereignis, das in der Quartärperiode der Erde, der letzten geologischen Periode, eintrat, durch die Eiszeit. Früher wurde diese als eine große Kälteperiode aufgefaßt, allmählich hat sich aber die Vorstellung Bahn gebrochen, daß sie nicht eine Epoche, sondern eine Reihe von kalten und warmen Perioden war; wir erhalten eine Summe von recht komplizierten Klimaschwankungen. Diese Schwankungen erklären als ein wahres Wellenspiel, gleichsam eine Reihe von Wellenbergen und Wellentälern. Zeichnet man sich dies auf, so entspricht die Länge der Wellen der Zeit, die Höhe der Wellen dem Klima, das während der einzelnen Perioden herrschte. Um das Alter des Menschengeschlechts nun festzustellen, müssen die Zeitpunkte, an denen sichere Spuren des Menschen zu finden sind, in diese Wellen eingetragen werden.

Unter Vorführung von Lichtbildern zeigte der Vortragende, in welcher Weise Klimaschwankungen festzustellen sind. Eine Eigentümlichkeit der Gletscher sind die Moränen, das sind Schutthalben, die sich am Rande und am Ende der Gletscher anhäufen.

Der tiefste Stand eines Gletschers hängt aber andererseits eng zusammen mit der Schneegrenze, die natürlich von dem jeweilig herrschenden Klima abhängig ist. Man findet nun in den Alpen die Spuren alter Gletscher, die weit in die Täler hinabragen. Entsprechend muß also die Schneegrenze tiefer gelegen haben. Der Vortragende zeigte Bilder von alten Gletschern, deren Schneegrenze verschieden tief lag, er berechnet daraus verschiedene Eiszeitperioden entsprechend einer Schneegrenze 300, 600, 900 und 1200—1300 Meter tiefer als die heutige. Nach diesen Befunden hat man eine Karte Europas gezeichnet, auf der die Ausdehnung des Gletscherreises verzeichnet ist. Immerhin könnten diese Schwankungen der Schneegrenze auf einer einmaligen Verfestigung beruhen. Man hat nun im Innale gefunden, daß ein Gestein, ein Breccie (es ist dies ein aus scharfkantigen Felsstücken gebildetes Gestein), bedeckt ist mit einer Moräne. Unter der Breccie findet sich nun nicht der Fels, sondern wieder Moränenschutt. Die Breccie muß also zwischen zwei Vergletscherungen eingelagert worden sein. Man hat sich gefragt, ob die Einlagerung nicht während einer Vergletscherung zustande gekommen sein könne dadurch, daß sich der Gletscher etwas zurückgezogen habe. Aus der großen Mächtigkeit der Breccienablageung ist aber zu schließen, daß gewaltige Zeiträume dazu gehört haben. Ein ähnliches Beispiel findet sich im Hottinger Graben, wo alte Schutthalben die Spuren verschiedener Vergletscherung zeigen. In einem Seitental desselben findet sich die Breccie wieder zwischen zwei Moränenablagerungen. In der Breccie selbst eingebettet finden sich aber Pflanzenreste, die den Schluß gestatten, daß ein milderes Klima geherrscht haben muß. Es finden sich Reste der Erdbeere und des Maiglöckchens, Pflanzen, die heute noch in den Talhängen vorkommen. Es werden aber auch Reste gefunden von Pflanzen, die wir heute in den Alpen nicht mehr kennen, so das nördliche Rhododendron und der Buchsbaum. Das genannte Rhododendron ist auf mildere klimatische Gebiete beschränkt. Der Abstand, in dem sich heute das Rhododendron von der Schneegrenze findet, läßt sich bestimmen, er be-

trägt 1500 Meter. Daraus ist zu folgern, daß damals die Schneegrenze um 1500 Meter höher lag. Die Reste dieser beiden Pflanzen, die ein wärmeres Klima verlangen, als heute in den Alpen herrscht, sind eingeschaltet zwischen zwei aufeinanderfolgende Vergletscherungen des Innale. Solche Funde haben sich noch an andern Stellen ergeben. So sind in der Nähe von Niva-Snedden gefunden worden, die auf ein wärmeres Klima deuten. Aus der Ablagerung verschiedener Schotter in Flußtälern ergibt sich, daß es mindestens vier Eiszeiten gegeben hat. Der Vortragende bezeichnet diese nach Stufen des nördlichen Polarlandes als Glaz-, Mindel-, Riß- und Würm-Eiszeit. In diesen verschiedenen Eiszeiten lassen sich die Funde menschlicher Reste einreihen. Es fragt sich nun, wie alt die prähistorischen Reste sind. Die Funde aus der Metallzeit, der Bronze- und Kupferzeit sowie aus der jüngeren Steinzeit sind alle jünger als dem Vorstoß eines Gletschers entspricht mit einer Schneegrenze, die 300 Meter tiefer, als die heutige lag. Es ist nun sicher, daß die Bronzezeit über 3000 Jahre, die jüngere Steinzeit 5 nach andern 7000 Jahre zurückliegt. Dies ist im Sinne der Erdgeschichte alles noch Gegenwart, denn es herrschte damals dasselbe Klima und dieselben Existenzbedingungen wie heute. Ganz anders gestalten sich die Funde aus der älteren Steinzeit, wo Werkzeuge aus Renntierknochen hergestellt sind.

Einen Maßstab gibt nun der etwa 16 Meter hohe Jensei-Schneehäufel bei Schaffhausen, den Professor Riech aufgefunden und abgetragen hat. In der obersten Schicht finden sich Reste von Tonkerben, Glas; sie gehört also der Steinzeit an und umfaßt einen Zeitraum von rund 2000 Jahren. Darunter liegen Schichten, die zwischen die jüngere und die ältere Steinzeit gehören. Es finden sich Nadeln und Bohrer aus Renntierknochen, der Mensch am Ende des heutigen Deutschlands war also ein Zeitgenosse des Renntiers. Wird nun das Alter der obersten Schicht auf 2000 Jahre berechnet, so geht die untere Schicht weit über 10 000 Jahre zurück. Genauere Ausmessung der Profile batierten die untere Schicht auf 19—20 000 Jahre zurück.

daß die Organisation durch Gewinnung der Hilfsarbeiter auf eine breitere und bessere Grundlage gestellt werden muß; betreffs Agitation das möglichste zu leisten sei; der Zentralvorstand nach dieser Richtung nicht knauserig sein darf und eine niedrige Beitragsklasse geschaffen werden muß, um die Hilfsarbeiter auch organisieren zu können. Die Arbeitslosenunterstützung betr., stehen die meisten Redner auf dem Standpunkt der Ablehnung, da dieselbe in unserm Verband vorerst nicht eingeführt werden könne. Ein solches Projekt sei ohne bedeutende Erhöhung der Beiträge nicht realisierbar, und mit hohen Beiträgen bei niedriger Gegenleistung ist jede Agitation von vornherein lahmgelegt.

Die Münchner Kollegen stehen auf dem gegen teiligen Standpunkt, wie namentlich die Ausführungen des Kollegen Link zeigten. Die Zahlstelle München stellte den Antrag, den Gauß nach München zu verlegen; Regensburg und Meiten wollen Bezirksleiter aufgestellt wissen.

Kollege Siebold präzisierte den Standpunkt der Zentralleitung zu diesen Punkten. Zur Anstellung von Bezirksleitern mangle es an Geld. Ein Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist beim Zentralvorstand noch nicht eingelaufen. Er ersucht, die vorliegenden Anträge abzulehnen und es den Zahlstellen anheimzustellen, diese Anträge an den Verbandstag zu stellen.

Der Antrag der Gauleitung, eine Denkschrift, die die Durchführung der Bundesratsverordnung in Wort und Bild schildert, auszuarbeiten und den gesetzgebenden und sonstigen maßgebenden Körperschaften zu übermitteln, wird dem Verbandstage unterbreitet.

Siebold revidierte die Bücher der Zahlstellen; im allgemeinen könnte die Rassenführung etwas besser sein.

Gauleiter Mittener meinte über die Rassenführung in den ländlichen Zahlstellen. Die Leute geben sich die größte Mühe, können aber oft nicht ins richtige Fahrwasser kommen. Diese kostbare Stunden müßte er schon vergeuden, weil er nachmittags nicht zu den Büchern käme. Der Mann ist stundenweit entfernt in einem Steinbruch beschäftigt, die Bücher sind eingesperrt, die Frau kann sie nicht herausgeben. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, sollen Viehflästen mit einheitlichem Schloß hergestellt werden, in die Geld, Wertpapiere und Bücher eingesperrt werden können. Dadurch ist der Gauleiter in der Lage, jederzeit in den ländlichen Zahlstellen die Bücher zu revidieren. Ein diesbezüglicher Antrag wurde angenommen und wird dem Zentralvorstand und Verbandstag unterbreitet.

Zur Gausteuer erklärte Kollege Siebold, daß die Zentralleitung die Befestigung der Gausteuer empfehle, um das Geld den Zahlstellen zu erhalten für Ausgaben, die nicht von der Hauptkasse getragen werden.

Nach kurzer Diskussion wurde ein Antrag der Gauleitung angenommen, wonach für das 1. und 2. Quartal eine Gausteuer von 1 Pf. pro verkaufte Beitragsmarke zu zahlen ist.

Zu Punkt Verchiedenes ist wesentliches nicht zu berichten. Kollege Link schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Steinarbeiterverband die Konferenz.

Die Kollegen von Regensburg veranstalteten am 27. März abends eine kleine Familienunterhaltung mit Musik, die die Delegierten bis in späte Nachstunden in fröhlicher Laune beisammen hielt. Am Schlusse der Konferenz dankte Kollege Link hierfür namens der Delegierten; desgleichen für die freundliche Aufnahme und dem Arbeiterjüngerbund Regensburg für das schon zu Gehör gebrachte Lied Empor zum Licht, das derselbe am 28. März vor Beginn der weiteren Unterhandlungen zum besten gab.

Ein Giertanzen der christlichen Arbeitervertreter.

Am 5. April nahm der bayrische Landtag nach einer wohlwollenden Pause seine Arbeiten wieder auf.

Genosse S i m o n referierte hierauf als Berichterstatter über die Beratung des sozialdemokratischen Antrages, Arbeitslosenfürsorge betreffend, im 10. Ausschusse. Dort wurde das Verlangen, 150 000 Mk. in den Etat einzustellen und aus dieser Summe jenen Gemeinden, die die Arbeitslosenfürsorge praktisch einführen, Zuschüsse bis zu 50 Proz. des verausgabten Betrages zu gewähren, mit Hilfe der sogenannten speziellen Arbeitervertreter des Zentrums abgelehnt. Es wurde lediglich beschlossen, den größeren Städten wiederholt zu empfehlen, der Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung halbmöglichst praktisch näher zu treten. Das ist praktisch rein gar nichts, also echt Zentrum!

Die sozialdemokratische Fraktion stellte darum neuerdings den Antrag, 150 000 Mk. Staatsmittel zur Verfügung zu stellen, um Gemeinden, die Arbeitslosen Selbstunterstützung gewähren, Zuschüsse zuzumachen zu lassen. Und so erlebte man abermals einen Giertanzen, den der Abg. Königbauer (der christliche Landarbeiter-Organisator) auszuführen verurteilt war. Im Gegenfalle zu den Vertretern des Zentrums in den Rathhäusern, wo diese ihre Zustimmung zur Einführung der Arbeitslosenversicherung von der Zustimmung staatlicher Zuschüsse abhängig machen, forderte das herrschende Zentrum im Landtage, daß die Gemeinden die notwendigen Maßnahmen zur Vinderung der Arbeitslosennot auf eigene Kosten treffen müssen, und daß dann vollständig der Staat helfe! Das sei Aufgabe und Pflicht der Gemeinden usw. So beuchelt man hüben und drüben Wohlwollen, und ausgerechnet ein sogenannter christlicher Arbeiterführer spielte bei der gestrigen Komödie in der Abgeordnetenkammer die Hauptrolle.

Die Genossen Dorn und Timm setzten den Arbeiterfreunden von der traurigen Gestalt gehörig zu und kennzeichneten geblührend diese neueste Verräterei des Zentrums an den Arbeitslosen. Die beantragte Summe, 150 000 Mk., wurde näm-

lich vom gleichen Zentrum einschließlich der schwarzen „Arbeitervertreter“ abgelehnt, das dem höchsten Thurn und Taxis für nichts 400 000 Mk. in den Taschen wirft, und dem das Zentrum auch bei der Bodenzinsablösung jährlich 100 000 Mk. geschenkt hat.

Unser Genosse Timm fertigte die christlichen Arbeiterleuten folgendermaßen ab: „Es ist ein Jammer! Wenn es sich um Arbeiterfragen handelt, sind es immer die Arbeitersekretäre des Zentrums, die die allergrößten Schwierigkeiten machen. (Sehr wahr! links.) Heute stehen wir so, daß alles abgelehnt wird und die Frage der Arbeitslosenversicherung in unabsehbare Ferne verschoben wird. Die Haltung Weinsböck kann ich ja von seinem bauerntümlerischen Standpunkt noch verstehen; die Herren dieser Partei haben überhaupt kein Verständnis für allgemeine Interessen. (Sehr wahr! links.) Die christlichen Arbeiter werden es aber nicht verstehen, wenn ihre Vertreter gegen unseren Antrag stimmen. Die kapitalistische Gesellschaft, die ein Interesse daran hat, daß unsere Bevölkerung ständig zunimmt, die aber nicht will, daß diese Leute fehlen und weiten, hat die Verpflichtung, für diese Leute zu sorgen. Wenn der Vertreter der Staatsregierung sagt, er habe kein Geld, so ist das noch zu verstehen; denn die Regierung bremst immer. Daß aber die Leute, die Wahrheit und Gerechtigkeit auf ihre Fahnen geschrieben haben, gegen unseren Antrag sind, verstehe ich nicht. Ist das vielleicht praktische Arbeit, daß Sie den Arbeitslosen nichts geben? (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Wenn Sie unsern Antrag ablehnen, üben Sie auch in dieser Frage an Ihren Arbeitern Verrat. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)“

Aus dem Bindlarer Steingebiet b. Engelskirchen (Rhd.)

gingen uns verschiedene Klagen zu, woraus wir Erkundigungen einzogen, die uns folgendes besagten:

Bezüglich der Löhne sowohl als auch der Befolgung gewerblicher Vorschriften bleibt im Bindlarer Steingebiet noch sehr vieles zu wünschen übrig. In den Bindlarer Sandsteinbrüchen wurde das Material bis vor 15—20 Jahren sachgemäß durch Steinmehlen verarbeitet. Der Lohn war gering, besonders im Hinblick auf die durch den Steinraub bedingte allzu frühe Todesart (Schwindsucht) der Steinmehlen. Gegenmaßregeln zu diesen schrecklichen Folgen gab es damals noch nicht, oder sie wurden von den Herren Unternehmern ignoriert. So war Bindlar vor 20 Jahren noch bekannt als der Ort mit auffallend vielen (Steinbauer-) Witwen.

Heute nun werden in den dortigen Brüchen hauptsächlich Pflastersteine hergestellt. Wer aber glauben sollte, mit dem Aufschwung der Steinindustrie im allgemeinen und der Bindlarer im besonderen hätten sich auch die Löhne entsprechend gebessert, der täuscht sich. Man soll den Arbeitern nicht mit der Phrase kommen: „Ihr habt doch in den letzten zehn Jahren zeitweise (1) schweres Geld verdient.“ Jawohl, es hat dann und man Zeiten gegeben, in denen halbwegs auskömmliche Löhne bezahlt wurden, aber kann man es den Arbeitern verdenken, wenn sie bestrebt waren, von dem Goldstrom, der damals über die Steinindustrie hinfließ, auch einige Tropfen in ihre Taschen zu leiten? Und nicht die Arbeiter sind daran schuld — wie die Unternehmer gern glauben machen möchten —, daß heute in vielen bauamtlichen und kommunalen Verwaltungskreisen ein gewisses Mißtrauen gegen das Bindlarer Material besteht, sondern die Schuld liegt ganz allein auf Seiten der Unternehmer, die damals, um möglichst viel zu verdienen, ungenügendes Material verarbeiteten!

Schon seit 3 Jahren haben wir es mit ganz miserablen Löhnen zu tun. In erster Linie sind es die Steinmehlen, die über unauskömmliche Löhne klagen, dann aber auch die Stöber, Kupper und die Erbarbeiter, hier Räumler genannt. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß jährliche Arbeiter pro Jahr mindestens 60—70 Tage verlieren, weil (besonders im Winter) recht oft halbe und ganze Tage oder Wochen nicht gearbeitet wird wegen Regen- oder Frostwetter. Der Gesamt-Jahresverdienst auf den einzelnen Tag umgerechnet sieht unter Berücksichtigung all dieser Faktoren, d. h. der verminderten Arbeitsstage im Jahr, der Raubarbeit der Unternehmer und der Ueberstunden denn doch ganz anders aus, als wenn irgendein Unternehmer in die Welt ruft: „In dieser Lohnperiode haben der oder jener soundsoviel pro Tag verdient.“ Es muß noch darauf hingewiesen werden, daß viele Arbeiter, die in der guten Zeit oft „hohe“ Löhne erzielten, morgens mit der Sonne zu schaffen anfangen, um erst spät des Abends Schlaf zu machen. Gerade diese Arbeiter, die da glaubten, zur Erreichung eines auskömmlichen Verdienstes aus einem Arbeitstage deren zwei machen zu müssen, verschulden es indirekt auch, daß in Bindlar die Ansicht aufkommen konnte, die Steinbrucharbeiter hätten durchweg einen „schweren Verdienst“. Daß ferner die Arbeitgeber die gesundheitliche Schädigung der Arbeiter gar nicht berücksichtigen, soll und darf nicht unerwähnt bleiben.

Im nächsten Jahre wird den Unternehmern eine neue große Dividendensteigerung erwachsen durch ganz nennenswerte Frachtparitäten, weil Bindlar dann Bahnansluß erhält. Es ist aber sonnenklar, daß die Arbeiter, wenn nicht schon heute eine kräftige Bewegung zwecks Erreichung besserer Löhne einsetzt, noch jahrelang am Hungertuche nagen müssen, wie sie es heute und schon lange tun.

Obwohl nun die meisten Bindlarer Steinbrucharbeiter in der Hoffnung auf dadurch herbeizuführende Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage christlich organisiert sind, glauben doch schon viele derselben, daß sie leeres Stroh dreschen; denn außer daß man prompt seine Beiträge ablagern muß, steht und hört man nichts weiter von den Führern und Kassierern der „Christlichen“, als daß sie sich politisch sehr bemerkbar machen, indem sie bei jeder kommunal- und reichspolitischen Wahl als Vertrauensleute und Agitatoren brüderlich vereint mit verschiedenen die-

selben „hervorragenden“ Chargen beifolgenden Zentrums-Arbeitgebern einen regelrechten zentrumsagitatoren Salto schlagen. Besser und arbeiterfreundlicher wäre es auf jeden Fall, wenn die Leute, anstatt ihre Kraft zugunsten der Zentrumspartei zu verschleppen, diese in den Dienst der Arbeiterbestrebungen stellten, um dadurch das Los der Arbeiter allmählich leichter zu gestalten, und den Soßsack erzwungen zu helfen, der es einem Steinbrucharbeiter ermöglicht, mit seiner Familie leben zu können, ohne vielleicht 2 oder sogar 3 Monate im Jahre am Daumen saugen zu müssen.

Korrespondenzen.

Baldwinheim. In der am 23. März stattgefundenen Versammlung gab Gauleiter Herrmann ein Bild über den momentanen Stand des Streiks. Derselbe sei kein guter zu nennen, denn von den Streikenden seien 9 Mann abgefallen, um bei der Firma Krebs Arbeitswilligendienste zu tun. Nachdem er noch eingehend die Ursachen und den Verlauf des Streikes geschildert hatte, empfahl er den Kollegen, sich ruhig und sachlich auszusprechen, was nun zu machen sei. In der streng sachlich gehaltenen Debatte sprachen sich die Kollegen dahin aus, daß es tief bedauerlich sei, daß die eignen streikenden Kollegen abgefallen seien; wodurch ein weiteres Streiken nutzlos sei. Herrmann gab alsdann bekannt, daß er den Gewerberat zu Simburg als Vermittler angerufen hätte, aber wie derselbe mitteilte, sei eine Verhandlung mit Herrn Krebs schriftlich sowohl wie mündlich vollständig ergebnislos verlaufen. Einstimmig wurde nun beschlossen, den Streik abzubrechen. Das Schlußwort nahm der Gauleiter. Mit ernstlichen Worten ermahnte er die Kollegen, trotz des Mißlingens des Streiks, trenn zum Verbands zu halten, der Verband sei mit den Unterhaltungen den Kollegen in weitgehendster Weise entgegengekommen; das sei auch von den im Streit befindlichen Kollegen anerkannt worden. Wohl könne er die Erbitterung der Kollegen gegenüber den „Arbeitswilligen“ begreifen, aber sie sollten trotzdem kaltes Blut bewahren. Die jüngeren abgefallenen Kollegen seien von den Eltern zum Streikbruch verleitet worden, bei den älteren hat dies wahrscheinlich der Unterrod besorgt. Mit wachsender Besorgnis werde nun Herr Krebs die arbeitswilligen Elemente betrachten. Dieses zeige sich schon darin, daß Herr Krebs den betreffenden arbeitswilligen Elementen einen Revers zur Unterschrift vorgelegt habe, wonach sie sich verpflichten müssen, niemals wieder dem freien Deutschen Steinarbeiterverband als Mitglieder beizutreten; mit echter Hundedemut haben sie samt und sonders — unterzeichnet. Unter den Arbeitswilligen befindet sich auch ein Steinhauer (der „Hafen-Wilhelm“), der wirtschaftlich gut gestellt ist, in den Versammlungen früher die größten Reden geschwungen, und nach kurzer Streikdauer wieder jammervoll um Arbeit gebettelt hat. Der Gauleiter schloß seine Ausführungen mit den Worten: Die Firma hat uns nicht bestigt, nur der Verrat der eignen Klassen-genossen war daran schuld, daß der Kampf ungünstig verlaufen sei. Des weiteren wurde noch der Vorstand beauftragt, an den Zentralvorstand einen Antrag zu stellen, die Streikbrecher aus dem Verbands auszuschließen.

Kiel. Am 30. März waren die Mitglieder der Zahlstelle vollständig im Gewerkschaftshause versammelt, um die Entscheidung über unsere diesjährige Lohnbewegung herbeizuführen. Da wir nur zwei Unterhandlungen mit den Unternehmern hatten, war ja von vornherein ein klares Bild geschaffen. Die Kollegen überblickten den Ernst der Situation; alle waren sich klar über das, was zu tun notwendig sei. So kam denn die Abstimmung über den Vorschlag des einigsten Punktes der Tagesordnung: „Verlängern wir den jetzt bestehenden Tarif um ein weiteres Jahr?“ Ja oder Nein mußte die Antwort lauten, und das Resultat war 47 Ja und 21 Nein. Es war nicht ein Zeichen der Jähzornigkeit unserer Kollegen, wenn dieses Resultat herauskam, es war auch nicht eine übermäßige Begeisterung, unsern nur zu berechtigten Forderungen in jedem Falle die tatkräftigste Unterstützung angeheihen zu lassen. Es war die klare und sichere Einsicht der Mehrheit: so und nicht anders wird es dem Wohle der Zahlstelle, dem Gesamtinteresse unserer Organisation zweckdienlich sein. Die starke Widertheit dagegen wird es den Arbeitgebern vor Augen führen, daß so viele von unsern Kollegen auch unter den gegenwärtigen Umständen bereit waren, das Letzte zu wagen.

Pappenheim. Am 27. Februar tagte in Treuchtlingen im Gasthaus des Herrn Kreibitz eine Steinarbeiterversammlung, in der Kollege Gegennagel-Pappenheim zum erstenmal als Referent auftrat. Die Tagesordnung lautete: Organisation und Agitation. Bevor der Referent auf das eigentliche Thema einging, mußte er die Abwesenheit der Treuchtlinger Kollegen besonders bedauern. Mit trefflichen Worten geißelte der Referent das Verhalten der deutschen Unternehmerklasse, die in ihrem Haß gegen die Arbeiter den unerhörtesten Terrorismus ausüben. Er beleuchtete auch grell die Lage der Arbeitslosen. Dann freistete der Redner den Steuerraub des Vorjahres durch Junker und Zentrümmer und kam auch auf die schändliche Wahlrechtsvorlage und die Schandthaten der preussischen Polizei zu sprechen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Kollegen sind besonders erfreut darüber, daß unter den Einheimischen wiederum eine tüchtige agitatorische Kraft vorhanden ist. An dieser Stelle möchten wir den Referenten zum weiteren Studium auffordern; sein erstes Referat hat glänzend eingeschlagen. Die im übrigen stark besuchte Versammlung nahm einen äußerst harmonischen Verlauf.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Darunter finden sich Ablagerungen, die Skeletteile von Nagetieren enthalten. Die unterste Lage bildet Flußgeröll, das sicher als Würmergeröll erkannt ist, also von der letzten Vergletscherung stammt. Etwa eine Stunde entfernt liegt das Gletscherloch, wo sich die Arterfalten (Werkzeuge) vom selben Typus des Schweizerbildes finden. Diese Stelle ist sicher von Menschen bewohnt gewesen, nachdem sich der Gletscher zurückgezogen hat, denn vorher ist dort der Gletscherbach geflossen. Der damalige Mensch war schon ein gewandter Zeichner; auf Stäben, die als Kommandostäbe angesprochen werden, hat er Zeichnungen vom Renntier, vom Wildesel und vom Mammut eingezeichnet. Die Bewohner des Gletscherlochs haben auch Mammute gegessen, es finden sich die Knochen kleiner Mammute. Der Mensch jener Zeit lebte in Gemeinschaft des Schneehuhns, des Alpenhasens, aus der Gegend von Schaffhausen hatten sich die Gletscher zurückgezogen, es ist das letzte Ausflügen der Würmerzeit. Diese Kultur wird in Vergleich mit französischen Funden als die des Magdaleniums bezeichnet. Noch an andern Stellen sind aus diesem Zeitalter Funde gemacht worden, so schließen sich diejenigen der Prinzengrotte bei Menton sehr nahe an die Kultur des Magdaleniums an. Das Profil dieser Höhle ist sehr genau aufgenommen worden, es haben sich Reste artztischer Tiere gefunden. Die Prinzengrotte ist die südlichste Fundstelle des Renntiers. In tieferen Lagen finden sich die Reste einer wärmeren Zeit und auch Reste des Menschen. So läßt sich der Mensch bis in die vorhergehende Interglazialzeit verfolgen.

Ein Fund mitten in den Alpen am Säntis hat dann großes Aufsehen gemacht. Es handelt sich um Höhlen, die von oben sehr leicht zugänglich sind, von unten aber nur mit Hilfe künstlich angelegter Wege. Jene Gegend, das Bildlirchl a. D., ist durch Schöffels Entdeckung weiten Kreisen bekannt geworden. Diese Höhlen sind nun zweifellos von prähistorischen Menschen bewohnt gewesen, denen sie allerdings nur von oben her zugänglich waren. Durch sehr vorlässiges Abtragen sind über 200

Steinwerkzeuge von sehr altem Typus gefunden worden. Man hatte keine Renntier- und Mammutknochen zur Verfügung, sondern nur solche vom Höhlenbären; es sind die Skeletteile von 2000 Individuen gefunden worden. Diese Stelle in 1800 Meter Höhe ist besiedelt gewesen, lange bevor am Schweizerbild Menschen gewohnt haben. Die Bestattung am Säntis ist in die letzte Interglazialzeit zu setzen. Die folgende Eiszeit hat keinerlei Ablagerung hinterlassen; während derselben muß die Höhle ganz mit Eis erfüllt gewesen sein. Heute noch finden sich im Winter tropfenartige Eisgebilde darin. Während der Riß-Eiszeit läßt sich der Mensch im Dordognegebiet (Frankreich) verfolgen, woselbst man einen typischen Neanderthaler gefunden hat. Später hat dann Professor Schötenfad bei Heidelberg im liegenden Flußschotter einen Menschenknochen von höchst eigenartigem Charakter gefunden, zusammen mit einer interglazialen Fauna. Der Knochen deutet auf einen Affen, die Zähne zweifellos auf einen Menschen hin. Der Knochen ist älter als ein Neanderthaler einzuschätzen, er gehört in die Mindel-Riß-Interglazialzeit; Schötenfad hält ihn sogar für noch älter. So ist der Mensch sicher über die Würm- und Riß-Eiszeit bis in die Mindel-Riß-Interglazialzeit zu verfolgen.

Der Granit.

Von Viktor Scheffel.
In unterirdischer Kammer
Sprach grollend der alte Granit:
„Da broben den währigen Jammer,
Den mach' ich jetzt länger nicht mit.
Langweilig wälzt das Gewässer
Seine salzige Flut übers Band,
Statt folter und schöner und besser,
Wird alles voll Schlamm und voll Sand.“

Das gab' eine mittelwertige
Geologische Leitfahrberei,
Wenn die ganze Kruste der Erde
Nur ein sedimentäres Gebräu.
Am End' würd' noch Fabel und Dichtung,
Was ein Berg — was hoch und was tief;
Zum Teufel die Flügung und Schichtung,
Surral ich werd' eruptiv!“

Er sprach's und zum Beistand betief er
Die tapfren Porphyre herbei,
Die kristallinischen Schiefer
Riß höhnisch er mitten entwei.
Da zischt und lóht und wallt,
Als nahte das Ende der Welt;
Selbst Grauwad, der züchtige Alte,
Hat vor Schred auf den Kopf sich gestellt.

Auch Steinkohl und Zechstein und Trias
Entwichen, im Innern gesprengt,
Laut jammert im Jura der Eias,
Daß die Blut ihn von hinten versengt.
Auch die Kalle, die Mergel der Kreiden
Sprachen später mit wichtigem Ton:
„Was erstickte man nicht schon bei Zeiten
Den Keim dieser Revolution?“

Doch vorwärts, trotz Schichten und Seen,
Drang siegreich der feutige Held,
Bis daß er von sonnigen Höhen
Zu Füßen sich schaute die Welt.
Da sprach er mit Jodeln und Singen:
„Surral das wäre geglikt!
Auch unjereins kann's zu was bringen,
Wenn er nur herzhastiglich brükt!“